



**ÄGYPTEN**

**LÄNDERSTRATEGIEPAPIER**

**2007-2013**

## INHALT

### ZUSAMMENFASSUNG

- 1. ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT DER EU**
- 2. POLITISCHE AGENDA ÄGYPTENS**
- 3. ANALYSE DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN SITUATION**
  - 3.1 Politische Lage
  - 3.2 Wirtschaftliche Situation
  - 3.3 Soziale Entwicklung
  - 3.4 Infrastruktur, Verkehr, Energie, Umwelt und natürliche Ressourcen
- 4. ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGE UND DIE LAUFENDE ZUSAMMENARBEIT DER EG**
  - 4.1 Hilfe der EU an Ägypten im Zeitraum 2000-2006
  - 4.2 Wichtige Lehren aus der Strategie für Ägypten im Zeitraum 2002-2006
  - 4.3 Koordinierung der Geber
- 5. AKTIONSSTRATEGIE DER EG**
  - 5.1 Allgemeine Grundsätze des strategischen Konzepts der EU und prioritäre Ziele
  - 5.2 Analyse der Prioritäten
  - 5.3 Komplementarität und Kohärenz mit dem Regionalstrategiepapier, dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) und anderen Instrumenten der Zusammenarbeit
- 6. NATIONALES RICHTPROGRAMME FÜR DEN ZEITRAUM 2007-2010**

### ANHÄNGE

- |          |   |
|----------|---|
| Anhang 1 | Karte   |
| Anhang 2 | Wirtschaftliche und soziale Indikatoren                   |
| Anhang 3 | Umweltprofil Ägyptens                                     |
| Anhang 4 | Programme der EU-Mitgliedstaaten und der EG nach Sektoren |

## ZUSAMMENFASSUNG

Das im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) ausgearbeitete Länderstrategiepapier (LSP) liefert den strategischen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union (EU) und Ägypten im Zeitraum 2007-2013. In diesem Dokument werden die Zielvorgaben der politischen Maßnahmen und der Zusammenarbeit der EU zusammen mit der von ihr beabsichtigten strategischen Aktion abgesteckt und geeignete prioritäre Ziele festgelegt. Vor diesem Hintergrund beschreibt das Nationale Richtprogramm (NRP) die Aktion der Europäischen Union hinsichtlich der finanziellen Hilfe und liefert Einzelheiten über die im Zeitraum 2007-2010 geplanten spezifischen Maßnahmen und die erwarteten Ergebnisse.

Rechtsgrundlage für die Beziehungen zwischen der EU und Ägypten ist das 2001 unterzeichnete und 2004 in Kraft getretene Assoziationsabkommen (AA). Ägypten und die EU haben sich zur Aushandlung eines Aktionsplans im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) verpflichtet. Dieser gemeinsame Aktionsplan dürfte 2006 für die folgenden drei bis fünf Jahre verabschiedet werden. Er schafft einen umfassenden politischen Handlungsrahmen für den Ausbau der Beziehungen zwischen Ägypten und der EU, der auf der Grundlage einer Agenda von beiderseitigen Verpflichtungen zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten und gemeinsamen, von Ägypten und der Europäischen Union geteilten Werten beruht.

Während des ersten Jahres und der Folgejahre der Durchführung dieses Aktionsplans EU-Ägypten finden im Rahmen von neun fachbezogenen Unterausschüssen, die mit Inkrafttreten des Aktionsplans eingesetzt werden, regelmäßige Dialoge zwischen der EU und Ägypten statt. Diese Unterausschüsse führen die Aufsicht über die Durchführung und die Überwachung der verschiedenen Kapitel und thematischen Maßnahmenpakete des Aktionsplans und geben beiden Seiten die Möglichkeit, spezifische jährliche Prioritäten zu setzen. Ägypten hat eine Reformagenda für die kommenden Jahre aufgestellt, die detaillierte Prioritäten und Ziele setzt, um die nationalen Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Der Aktionsplan ist mit Ägyptens Reformagenda kohärent.

Für dieses erste Länderstrategiepapier im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik wurden drei Ziele bestimmt:

- Politische Reformen und verantwortungsvolle Staatsführung;
- Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft;
- sozialökonomische Nachhaltigkeit des Entwicklungsprozesses.

Zur Unterstützung dieser drei Prioritäten werden für das Nationale Richtprogramm 2007-2010 insgesamt €58 Millionen an EU-Finanzhilfe aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) bereitgestellt.

## 1. ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT DER EU

Um ihre Nachbarländer durch Stärkung der Stabilität, Sicherheit und Lebensqualität an den Vorteilen der EU-Erweiterung von 2004 teilhaben zu lassen, entwickelte die Europäische Union die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Von ihrer Konzeption her soll sie das Aufkommen von Trennlinien zwischen der erweiterten EU und ihren Nachbarn verhindern und diesen die Chance bieten, sich im Rahmen einer stärkeren politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit an verschiedenen Maßnahmen der EU zu beteiligen. Eine wichtige Komponente in diesem Prozess ist das mit der ENP verfolgte Anliegen, die Sicherheit in den Nachbarländern der EU zu stärken (wie in der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 vorgeschlagen).

Die auf der Konferenz von Barcelona 1995 ins Leben gerufene Partnerschaft Europa-Mittelmeer schuf die Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Europa-Mittelmeer-Partnern über politische und sicherheitsrelevante, wirtschaftliche und finanzielle sowie soziale, kulturelle und menschliche Angelegenheiten. In dieser Partnerschaft spielte Ägypten eine dynamische Rolle. Das Assoziationsabkommen mit Ägypten trat 2004 in Kraft.

Das Assoziationsabkommen schafft einen umfassenden rechtlichen Rahmen für die wirtschaftliche, politische und soziale Dimension der Partnerschaft zwischen der EU und Ägypten. Die Europäische Union und Ägypten engagieren sich für die schwierige Aufgabe, ihre Beziehungen zu verbessern und Frieden, Stabilität, Sicherheit und Lebensqualität zu fördern sowie die Verbindungen Ägyptens mit Europa, der Mittelmeerregion, der arabischen Region, Asien und Afrika auf- und auszubauen.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik gegenüber Ägypten beruht auf der Achtung der Identität Ägyptens, den spezifischen Gegebenheiten und den erklärten Zielen, alle Sektoren seiner Gesellschaft und seiner Wirtschaft zu entwickeln und zu modernisieren. Die Strategie der Regierung kommt im Nationalen Entwicklungsplan für 2002-2007 zum Ausdruck und ist im Einzelnen in den dem Parlament im Januar 2006 vorgelegten Prioritäten der Regierung festgelegt.

Der gemeinsame ENP-Aktionsplan schafft einen allgemeinen Rahmen für die Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Ägypten. Er ist der grundlegende Bezugsrahmen für die Festlegung des strategischen Konzepts der EU gegenüber seinem wichtigen Partner Ägypten. Die ENP gewährleistet auch die Kohärenz zwischen den gemeinsamen Prioritäten der Zusammenarbeit und anderen Schwerpunktpolitiken der EU.

Durch die ENP wird der komparative Vorteil der EU als politischer Partner und Handelspartner noch gestärkt. Die Aussichten auf engere wirtschaftliche Beziehungen, politische Zusammenarbeit und ordnungspolitische Annäherung in den relevanten Bereichen wird dazu beitragen, die Partnerschaft Ägyptens mit der EU zu festigen. Die ENP eignet sich auch sehr gut zur Unterstützung des Reformprozesses in Ägypten. Um jedoch die Vorteile dieser Partnerschaft ernten zu können, muss Ägypten die Vorschläge aus seiner Reformagenda zur Verbesserung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situation des Landes mit Tatkraft verfolgen. Angesichts der Haushaltszwänge und der hohen Arbeitslosigkeit in Ägypten ist sich die EU der Herausforderungen durchaus bewusst, denen

Ägypten beim Zustandekommen der versprochenen Reformen gegenübersteht. Daher ist es ein wesentliches Anliegen der EU, Ägypten bei diesem Prozess zu unterstützen, das Wohlergehen der Bevölkerung zu verbessern und Ägypten dabei zu helfen, eine festere Partnerschaft mit der EU aufzubauen.

Aufbauend auf den soliden Fundamenten, die durch die Zusammenarbeit im Rahmen des MEDA-Programms gelegt wurden, das 1995 anließ und im Allgemeinen zufriedenstellend durchgeführt wurde, ist die EU der Auffassung, dass die Wirkungen ihrer Finanzhilfe maximiert werden können, und zwar durch eine: i) Konzentration auf Ägyptens eigene Reformagenda, um damit seinen eigenverantwortlichen Gestaltungswillen zu steigern; ii) Leistung von Beiträgen zur Durchführung des Aktionsplans und zur Sicherstellung der Kohärenz mit der gesamten Bandbreite der EU-Politiken; iii) Schwerpunktsetzung auf eine begrenzte Anzahl von spezifischen Zielen in Schlüsselsektoren, in denen die EU und Ägypten ein strategisches Interesse haben und wo die Wertschöpfung der EU das größte Potenzial hat, die gewünschten Ergebnisse zustande zu bringen.

Angesichts der ehrgeizigen Agenda der ENP und des Ausmaßes der Herausforderungen, denen Ägypten gegenübersteht, wird sich die EU um eine größere Beteiligung noch anderer wichtiger Akteure in diesem Land bemühen, um ihre strategischen politischen Ziele zu erreichen.

Die EU fördert ihre Werte und Interessen als globaler wirtschaftlicher und politischer Akteur mit Hilfe verschiedener Instrumente, wie z.B. der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), der Entwicklungshilfe und des Handels. Dabei ist die EU bemüht, Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Der im November 2005 angenommene „Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ sorgt für eine gemeinsame Sichtweise, die Orientierung für die Aktion der EU in Sachen Entwicklungszusammenarbeit sowohl auf der Ebene der Mitgliedstaaten als auch der Gemeinschaft bietet. Diese neue Entwicklungspolitik bekräftigt erneut die Schlüsselprinzipien für die Wirksamkeit der Hilfe, nämlich eigenverantwortlichen Gestaltungswillen des geförderten Landes, Partnerschaft, konvergentes Handeln, und Ausrichtung an den Zielen. Die Fragen im Zusammenhang mit der Harmonisierung und Koordination der Entwicklungspolitik werden in der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe angesprochen.

Im Dezember 2005 verabschiedete der Europäische Rat die EU-Strategie für Afrika, die einen langfristigen Rahmen für die Zusammenarbeit mit Afrika auf allen Ebenen bietet, so mit panafrikanischen Institutionen wie der Afrikanischen Union, mit regionalen Organisationen und mit nationalen Verwaltungen. Die Strategie beruht auf drei Säulen, nämlich auf: (i) der Förderung des Friedens, der Stabilität und der verantwortungsvollen Staatsführung als Vorbedingungen für die Entwicklung; (ii) dem Ausbau der regionalen Integration, des Handels und der Anbindung und des Austauschs untereinander zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung; (iii) der Verbesserung des Zugangs zu den grundlegenden sozialen Versorgungsleistungen (Gesundheit und Bildung) und des Umweltschutzes. Für die an der ENP beteiligten Partnerländer, wozu auch Ägypten gehört, leistet das vorliegende Länderstrategiepapier einen Beitrag zu den Zielen der EU-Strategie für Afrika und ist mit diesen Zielen kohärent.

## 2. POLITISCHE AGENDA ÄGYPTENS

In den letzten 20 Jahren hat Ägypten erhebliche Fortschritte beim Wiederaufbau der inneren und äußeren Sicherheit und beim Vorantreiben von wirtschaftlichen Reformen gemacht, zunächst langsam, aber dann während der 90er Jahre ehrgeizig und seit Juli 2004 mit erneuter Intensität. Die sozialen Reformen blieben zurück, werden jetzt aber als Priorität betrachtet.

Ägyptens langfristiges Programm ist im Nationalen Plan (1997-2017) festgelegt. Dieser wurde von einer Reihe von Fünfjahresplänen begleitet, von denen einige auf allzu optimistischen Annahmen zum wirtschaftlichen Wachstum und zur Vermehrung des bewohnbaren Landes von 5% auf 25% der Landesfläche Ägyptens beruhten. Der aktuelle fünfjährige Nationale Entwicklungsplan (2002-2007) spiegelt die derzeitige Situation realistischer wider.

Dieser Entwicklungsplan 2002-2007 enthält folgende Ziele:

- Verbesserung der Lebensqualität und des Lebensstandards; mehr und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten und Abbau der Arbeitslosigkeit; Verringerung der Armutsrate und Schaffung von sozialer Sicherheit für arme Familien; Ausrottung des Analphabetentums und Ausbau der Schul- und Hochschulbildung;
- Stärkung der staatlichen Einrichtungen auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte und der staatsbürgerlichen Grundrechte; Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz; größere Teilhabe am politischen Leben; Förderung der Humanressourcen und Aufbau leistungsfähiger Strukturen und Einrichtungen;
- Steigerung der wirtschaftlichen Wachstumsrate und der Investitionsquote; vermehrte der Beteiligung von Frauen an der Entwicklung; erhebliche Ausweitung der Produktions- und Exportkapazitäten; Verbesserung des Potenzials der gewerblichen Wirtschaft; Förderung von Innovation, wissenschaftlicher Forschung und technologischer Entwicklung sowie Erhaltung der Umwelt.

Die zuvor genannten Prioritäten sind inhaltlicher Bestandteil von Präsident Mubaraks Wahlkampfversprechen als Plattform für seine sechste Amtszeit als Staatsoberhaupt, deren besonderes Hauptaugenmerk auf der politischen Reform, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Verbesserung des Lebensstandards, der Reform der Systeme der sozialen Sicherheit und einer ehrgeizigen Außenpolitik liegt. Die Regierung unter Premierminister Nazif (2004 ernannt) hat sich verpflichtet, sich auf die wirtschaftlichen Reformen zu konzentrieren (den Finanzsektor zu reformieren, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu liberalisieren, die ordnungspolitischen Probleme zu berücksichtigen) und der Sozialreform mehr Aufmerksamkeit zu schenken (Bildungswesen; Gesundheitswesen, insbesondere Reform der Krankenversicherung; Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen; Ausweitung des Netzes der sozialen Sicherheit). Prioritäten bei der politischen Reform sind Fortschritte bei der Dezentralisierung und bei der Demokratisierung.

Die ägyptische Regierung verfolgt das Ziel, gerechtes Wachstum im Wege der Beteiligung herbeizuführen, und zwar durch die Förderung des Privatsektors und die Schwächung der Rolle der Regierung bei der Lenkung der Wirtschaft. Dies soll durch die Verbesserung des Geschäftsklimas erreicht werden, so unter anderem im Wege von handels- finanz- und

steuerpolitischen Maßnahmen. Der öffentliche Sektor soll sich auf Dienstleistungen konzentrieren, wie auf die Bereitstellung von Infrastrukturen und Bildungsmaßnahmen, und auf die Sicherstellung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität. Mit dieser Strategie soll das ernsthafte Problem der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Angriff genommen werden, das durch den schnell wachsenden Anteil der Erwerbsbevölkerung noch verschärft wird. Die ägyptischen Behörden stehen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen einer ungeheuer großen Herausforderung gegenüber. Die Wirtschaft muss nämlich ausreichend wachsen, um etwa eine halbe Million neuer Arbeitssuchender pro Jahr in den Arbeitsmarkt aufnehmen zu können. Der Weltbank zufolge muss Ägypten ein nachhaltiges Wachstum des realen BIP von jährlich mindestens 7 Prozent erreichen, um die Arbeitslosigkeit auf ein besser zu beeinflussendes Niveau zu senken.

Was die Gerechtigkeitsbelange des laufenden Fünfjahresplans anbelangt, so umfassen die sozialpolitischen Maßnahmen auch Mechanismen der Sozialversicherung. Um auf die Bedürfnisse der am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen eingehen zu können, bemüht sich die Regierung um eine Stärkung des Netzes der sozialen Sicherheit, das sie vom System her effizienter machen möchte, und zwar im Wege der Dezentralisierung seiner Verwaltung und mit Hilfe von Konzepten, die aus dem Gemeinwesen hervorgehen, sowie von Beiträgen der NRO.

2002 wurde eine erste Bewertung im Rahmen einer umfassenden Armutsstudie vorgenommen und 2004 eine Strategie zum Abbau der Armut in Ägypten veröffentlicht, beide mit Unterstützung der Weltbank. In geballter Form tritt die Armut zumeist im Süden des Landes auf, und ihre Strukturmerkmale unterscheiden sich in keiner Weise von denen, die in anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zu finden sind: große Familien, niedriges Bildungsniveau und Arbeitertätigkeiten im informellen Sektor, vor allem in der Landwirtschaft und im Baugewerbe. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eines der Ziele des fünften Sozialplans der Regierung (Haushaltsjahr 03 – Haushaltsjahr 08), der auch die Entwicklung der Humanressourcen (im Rahmen von Alphabetisierungs- und Bildungsmaßnahmen) und die Schaffung von Arbeitsplätzen umfasst.

Diesem Dokument zufolge legt die empirische Analyse der Merkmale und Entwicklungen der Armut in Ägypten nahe, dass drei Komponenten von Faktoren für die Armen von entscheidender Bedeutung sind: Chancen auf ein Arbeitseinkommen, Bildung und Netz der sozialen Sicherheit. Für ihr Erwerbseinkommen geben sich die Armen mit vielerlei Arten von Tätigkeiten quer durch alle Sektoren ab. Solche Möglichkeiten bieten sich besser in wachsenden Volkswirtschaften, weshalb die Sicherstellung von stetigem Wachstum zu den effektiveren Methoden zur Hebung der Einkommen der Armen zählt. Die Armut hat in Ägypten auch die starke Dimension, dass sie von Generation zu Generation weitergegeben wird. Die Armen einer Generation sind typischerweise immer die Kinder der Armen der vorhergehenden Generation.

Der Zugang zur Chance, lesen und schreiben zu lernen und Bildungsangebote wahrzunehmen, bedeutet vor allem für Kinder die Möglichkeit, ihr Potenzial für ein künftiges Erwerbseinkommen zu vergrößern und den Teufelskreis der Weitergabe der Armut an die folgende Generation zu durchbrechen. Und schließlich gibt es auch noch Personen, denen es trotz voller Arbeitsleistung nicht gelingt, ein angemessenes Einkommen (als Selbstständige oder als Lohnempfänger) zu erzielen, während andere Arme sich aufgrund von Behinderungen bzw. Einschränkungen wie körperlichen Gebrechen, Krankheiten oder

weit entfernten Stand- oder Wohnorten nicht sinnvoll an den zentralen Wirtschaftsaktivitäten beteiligen können. Für diesen Teil der Bevölkerung sind öffentliche und private Unterstützungen in Geld- oder Sachleistungen ein wichtiges Sicherheitsnetz.

Sowohl die internationalen als auch die Erfahrungen in Ägypten lassen erkennen, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum zwar eine notwendige, aber auch nicht ausreichende Voraussetzung für den Armutsabbau ist. Zwischen 1995/1996 und 1999/2000 ist die Armutsrate in Ägypten (von 19,4 Prozent auf 16,7 Prozent) erheblich gesunken, da die Wirtschaft mit durchschnittlich 5 Prozent pro Jahr eine Phase großen Wachstums verzeichnen konnte. Nach den Prognosen der Berichte über die Millennium-Entwicklungsziele (MDG) sinkt der Prozentsatz der als arm eingestuften Ägypter von 25% im Jahr 1990 auf 13% im Jahr 2015.

Eine angemessene Armutsbekämpfungsstrategie sollte auf makroökonomischen und strukturpolitischen Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum beruhen. Diese sollten umsichtige und auf eine niedrige Inflationsrate abzielende geld- und steuerpolitische Maßnahmen, eine die Wettbewerbsfähigkeit stärkende und die Integration in die Weltmärkte verbessernde Handels- und Wechselkurspolitik sowie deregulierende politische Maßnahmen beinhalten, die dem Privatsektor mehr Gestaltungsspielraum für Wachstumsinitiativen geben.

Den Feststellungen in den MDG-Berichten zufolge hat sich die ägyptische Regierung den entscheidenden Entwicklungsbereichen, wie dem Gesundheits- und dem Bildungswesen, der Wasserversorgung und der Abwasserbehandlung sowie der Verbesserung der Existenzgrundlagen der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen, stets mit Aufmerksamkeit gewidmet. Hinsichtlich der erreichten Fortschritte ist das Tempo jedoch von Ziel zu Ziel unterschiedlich: schnelle und nachhaltige Fortschritte in einigen Bereichen (Kinder- und Müttersterblichkeit, Wasserversorgung und Abwasserbehandlung), akzeptables Tempo in anderen Bereichen (Bildungswesen und Abbau der Armut), während es in den übrigen Bereichen (Gleichstellung der Frauen und Umweltschutz) etwas langsam vorangeht.

Auch muss Ägypten seine Anstrengungen und Investitionen hinsichtlich einiger spezifischer Indikatoren steigern, um die aktuelle Fortschrittsrate halten zu können (so in den Bereichen Armutsbekämpfung, Senkung der Sterblichkeitsrate und Bekämpfung schwerer Krankheiten). Trotz der in den letzten Jahren erreichten Fortschritte ist bei der Einbeziehung geschlechterspezifischer Fragen nach wie vor eine Menge zu tun. So ist die Gleichstellung von Frauen, damit diese zu den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten beitragen und davon profitieren können, Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung in Ägypten.

Die Europäische Kommission veröffentlichte im März 2005 einen Länderbericht über Ägypten. Er enthielt eine Bewertung der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Ägypten, eine Bestandsaufnahme der Fortschritte im Rahmen des geltenden Assoziationsabkommens und eine Beschreibung der aktuellen Situation in den Bereichen, die für die ENP von besonderem Interesse sind: Entwicklung der politischen Institutionen auf der Grundlage der im Abkommen verankerten Werte - nämlich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte; regionale Stabilität und Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik; wirtschaftliche und soziale Reformen, die neue Möglichkeiten für Entwicklung und Modernisierung, für eine weitere Liberalisierung des Handels und für die schrittweise Teilnahme am Binnenmarkt schaffen sollen.



### 3. ANALYSE DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN SITUATION

**Politische Lage:** In der Folge der im Nationalen Entwicklungsplan für 2002-2007 eingegangenen Verpflichtungen weckte das Versprechen von politischen Reformen, das Präsident Mubarak während seines Präsidentschaftswahlkampfes 2005 machte, Hoffnungen auf eine Demokratisierung. Jedoch litten die Präsidentschaftswahlen, bei denen erstmals mehrere Wahlbewerber zugelassen waren, an schwerwiegenden Einschränkungen, und auch seither kam man nur langsam mit dem Einlösen der versprochenen Reformen voran.

Eine Reihe der vorgeschlagenen Reformen zielt darauf ab, die Strukturprobleme in Angriff zu nehmen, die bisher eine Fortentwicklung dieses Reformprozesses ernsthaft behindert haben: geringe Teilhabe am politischen Leben (nur 23% Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen von 2005 mit erstmals mehreren Kandidaten und nur 26% Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen von 2005); Ausschluss bestimmter politischer Bewegungen und Gruppierungen von der politischen Bühne (die Moslembruderschaft ist zwar als Partei verboten, doch wurden ihre Mitglieder 2005 als unabhängige Bewerber gewählt – und zwar 88 von insgesamt 444 Parlamentsabgeordneten); zerbrechliche Kultur in Sachen Demokratie und Anerkennung der bürgerlichen und politischen Rechte; Zentralisierung der Machtausübung und der Entscheidungsbefugnisse; Aufrechterhaltung der nach der Ermordung von Präsident Sadat 1981 eingeführten Ausnahme Gesetze, denen die Anschuldigungen wegen Menschenrechtsverletzungen zur Last zu legen sind. Die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Medien wie auch des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Rechts auf Versammlungsfreiheit und die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Gerichte zählt zu den anderen besonders wichtigen Herausforderungen für eine politische Reform in Ägypten. Auch die Einführung lokaler Entscheidungs- und Selbstverwaltungsstrukturen ist Bestandteil des Nationalen Entwicklungsplans. So strebt auch die aktuelle Reformagenda der Regierung als Mittel zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung und zur Verbesserung der Versorgung mit qualitativ hochwertigen Dienstleistungen überall im Land sowie zum Abbau der vorherrschenden Regionalgefälle in Sachen menschliche Entwicklung einen schrittweisen und phasengesteuerten Dezentralisierungsprozess an.

Beim Schutz der Menschenrechte wurden in den letzten Jahren einige Fortschritte erzielt. Ein bemerkenswerter Fortschritt ist die Einsetzung des Nationalen Rates für Menschenrechte unter dem Vorsitz des früheren UN-Generalsekretärs, Boutros Boutros Ghali. Dieser Rat hat sowohl im Lande als auch international Erwartungen hinsichtlich der Verbesserung der Menschenrechtssituation in Ägypten geweckt. Seine ersten beiden Jahresberichte beschrieben freimütig die Unzulänglichkeiten im Führungszeugnis des Staates in Sachen Menschenrechte. Als weitere Schritte eingeleitet wurden die Schaffung von Spezialabteilungen für Menschenrechte in einigen Ministerien und die Einrichtung des Parlamentsausschusses für Menschenrechte sowie die Einbeziehung von Menschenrechtsangelegenheiten in den Schulunterricht. Besorgniserregend für die EU sind die Verwendung der Folter, die unzulänglichen Verhältnisse in den Gefängnissen, die Korruption und die geschlechterspezifische Diskriminierung. Die EU hat diese Besorgnisse

in ihrem für den Assoziationsrat EU-Ägypten im Juni 2006 veröffentlichten Positionspapier zum Ausdruck gebracht.

Die Funktionsweise der Justiz wird behindert durch die mangelnde Unabhängigkeit von der Exekutive, den Rückstand der unerledigten Verfahren, die Verzögerungen bei der Lösung von Rechtsstreitigkeiten und die Fortgeltung des Rechts über den Ausnahmezustand. Zur Verbesserung der justiziellen Effizienz und Rechtssicherheit sind umfassende Gesetzesreformen geplant. Trotz jüngster Verbesserungen ist die allgemeine Situation in einer Reihe von Gefängnissen und Haftanstalten nach wie vor unzulänglich.

Ägypten verfügt über erhebliche Erfahrungen auf dem Gebiet der Steuerung und Verwaltung von internationaler Migration und wendet diesbezüglich ziemlich gut strukturierte Politiken an. Die EU wird als Ziel für ägyptische Zuwanderer immer wichtiger. Die Einwanderung aus (und über) Ägypten nach Europa umfasst sowohl legale als auch illegale Zuwanderer (viele Illegale kommen aus Südasien). Die Anstrengungen zur Bekämpfung der illegalen Migration müssen intensiviert werden, während gleichzeitig die Migration aus wirtschaftlichen Gründen stärker gesteuert werden könnte. Dies könnte die gegenseitige Anerkennung von Ausweisungsentscheidungen und die Unterstützung bei der Durchbeförderung im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftweg und bei der Bekämpfung von Menschenhandel umfassen, den die EU aufmerksamer verfolgen will.

Ägypten konzentriert auch seine Anstrengungen hinsichtlich einer verstärkten Bekämpfung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen, Geldwäsche und Drogenhandel. Das Land ist seit vielen Jahren auf diesem Gebiet aktiv und erwirbt sich dabei beachtliche Erfahrungswerte: Seine Maßnahmen könnten jedoch noch wirkungsvoller gestaltet und stärker mit den Maßnahmen Europas auf eben diesen Feldern verknüpft werden. So wird Ägypten beispielsweise aufgefordert, diesbezüglich die Rolle der UN zu unterstützen, die einschlägigen UN-Konventionen und Protokolle anzunehmen und die Einigung auf eine umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus zu unterstützen.

Ägypten spielt eine strategische Rolle bei der Sicherung des Friedens und der Stabilität in der Region. Im Nahost-Friedensprozess hat Ägypten regelmäßig im Streit zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde vermittelt und die Konzepte der EU/des Nahost-Quartetts unterstützt, um eine Rückkehr zur ‚Roadmap‘ (Friedensfahrplan für den Nahen Osten) zu fördern. Ägypten hat einen erheblichen Beitrag zur Erleichterung der Präsenz der EU bei der Grenzüberwachung in Rafah geleistet, indem es den Menschen erlaubte, sich zwischen dem Gazastreifen und Ägypten zu bewegen. Als Gastgeber der Liga der Arabischen Staaten ist Ägypten die führende Stimme in der arabischen Welt. Ebenso ist es ein tatkräftiger Akteur in Angelegenheiten, die Afrika betreffen.

**Wirtschaftliche Situation:** Mit einer Bevölkerung von etwa 71,8 Millionen Menschen zählt Ägypten zu den Ländern im unteren Bereich der mittleren Einkommenskategorie. Die Landwirtschaft trägt 16% zum BIP bei und spielt eine wichtige Rolle in der Wirtschaft des Landes. Die gewerbliche Wirtschaft und die Dienstleistungen erwirtschaften 34% bzw. 50% des BIP. Schlüsselfaktor im Dienstleistungssektor ist der Tourismus. Mit einem Verhältnis der Ausfuhren zu den Einfuhren (Warenhandel und Dienstleistungen) von etwa 45% ist die Wirtschaft ziemlich offen. Die Energiegewinnung ist nach wie vor eine Schlüsselkomponente der Wirtschaft. Die Ölausfuhren erbringen 40% der Ausfuhrerlöse,

während Erdöl und Elektrizität 20% des BIO ausmachen. Im Steigen begriffen sind die Erlöse aus der Erdgasgewinnung, einschließlich derer aus den Gasausfuhren in die EU.

Seit Juli 2004 ist die ägyptische Regierung dabei, wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Mutige Handels-, Steuer- und Finanzreformen haben dazu geführt, dass das Vertrauen in die Wirtschaft schlagartig zurückkehrte, was im Wiederaufleben des Börsengeschehens zum Ausdruck kam. Die Erfolgsbilanz wurde anfänglich durch die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (vor allem Tourismus) vorangebracht und ist jetzt mit der Wiederaufnahme der Bautätigkeiten breiter gefächert. Im Haushaltsjahr 05 betrug das Wachstum des realen BIP nach Schätzungen 4,9%, wobei nach den Prognosen für das Haushaltsjahr 06 6,0% erreicht werden.

Zu den bemerkenswerten gestalterischen Schritten der Regierung zählen die Senkung der durchschnittlichen Zollsätze von 14,6 auf 9,1%, die Reduzierung der Anzahl der Zollsatzspannen und die Abschaffung der Einfuhrabgaben und der Zuschläge dazu. In Sachen Steuerreform hat die Regierung mit der Vereinfachung des Steuersatzgefüges und der Herabsetzung des persönlichen Steuersatzes und des Einkommensteuersatzes das Einkommensteuerrecht neu geordnet.

Mit Hilfe des WMF werden die Haushalte jetzt in Einklang mit den internationalen Standards vorgelegt. Der Privatisierungsprozess wurde wieder aufgenommen, und so wurden zwischen Juli 2004 und März 2005 siebzehn nichtfinanzielle Unternehmen privatisiert. Die Regierung hat beachtliche Fortschritte bei ihrem umfassenden Fünfjahresplan zur Neuordnung des Finanzsektors gemacht, und zwar mit dem Verkauf ihrer Anteile an Joint-Venture-Banken, der Konsolidierung des Sektors durch Bankfusionen, dem Beginn der Privatisierung einer der vier großen Staatsbanken und den Fortschritten bei der Reform des Nichtbanken-Finanzsektors, was zur Wechselkursstabilität beitrug und die Rahmenbedingungen für Investitionen verbesserte. Die ausländischen Direktinvestitionen im Inland erreichten im Geschäftsjahr 2004/2005 €3,3 Milliarden.

Das **Assoziationsabkommen** EU-Ägypten – das jetzt im dritten Jahr seiner Durchführung ist – ordnet die bilateralen Handelsbeziehungen in das Gefüge der Partnerschaft Europa-Mittelmeer ein. Nach seinen Bestimmungen über den Zollabbau wird bald die Hälfte der gewerblichen Ausfuhren der EU nach Ägypten vollständig liberalisiert sein, während in der Landwirtschaft bilaterale Präferenzregelungen den Marktzugang in erheblichem Umfang geöffnet haben, so insbesondere für ägyptische Erzeugnisse. Mit durchschnittlich €10 Milliarden an **bilateralem Handelsvolumen** seit 2000 und einem stetigen Aufwärtstrend seit Inkrafttreten des Assoziationsabkommens (€1,5 Milliarden im Jahr 2004 und €3,3 Milliarden im Jahr 2005) steht die erweiterte EU für fast 40% des gesamten ägyptischen Handels mit der Welt. Auf der Ebene der **Europa-Mittelmeer-Partnerschaft** verhandelt Ägypten derzeit mit der EU über die Liberalisierung der Dienstleistungen, des Niederlassungsrechts und der Landwirtschaft. Zurzeit laufen Arbeiten zur Harmonisierung der technischen Rechtsvorschriften, Normen und Standards sowie der Konformitätsbewertungsverfahren, und in Sachen Ursprungsregeln hat Ägypten jetzt das neue Pan-Europa-Mittelmeer-Protokoll angenommen, das alsbald die diagonale Ursprungskumulierung im Raum Europa-Mittelmeer gestattet. In Sachen internationale Handelsbeziehungen hat Ägypten eine Reihe von Freihandelsabkommen unterzeichnet, so u.a. das Panarabische Freihandelsabkommen, das Abkommen über den Gemeinsamen Markt für das östliche und südliche Afrika (COMESA) und teilregionale Abkommen, wie z.B. das

Agadir-Abkommen und das Freihandelsabkommen mit der Türkei. Als entstehende Wirtschaftsmacht und wichtiger regionaler Akteur spielt das Land eine Schlüsselrolle in den Verhandlungen der WTO im Rahmen der Doha-Entwicklungsagenda (DDA). Diese dynamischere und offene Haltung in der ägyptischen Handelspolitik erwächst aus dem Reformeifer der 2004 ernannten Regierung. Diese hat eine Reihe von Reformen zur Handelserleichterung in Angriff genommen, einschließlich der schon lange fälligen, aber immer noch fertigzustellenden Zollreform. Ägypten hat erklärt, die „Rahmenstandards zur Sicherstellung und Erleichterung des globalen Handels“ der Weltzollorganisation umsetzen zu wollen.

Die Landwirtschaft ist auch weiterhin einer der wichtigsten Sektoren der ägyptischen Volkswirtschaft. Die Produktivitätssteigerungen seit Mitte der 80er Jahre, die durch das langfristige Engagement der Regierung für eine agrarpolitische Reform und Liberalisierung im Zusammenwirken mit den Hilfen der Geber erzielt wurden, haben deutlich dazu beigetragen, die Getreide- und Gemüseerzeugung zu erhöhen und damit die Lücke zwischen der heimischen Nahrungsmittelversorgung und –nachfrage zu schließen. Nichtsdestoweniger bleibt Ägypten aber ein Nettoeinführer von Nahrungsmitteln. In seinen Handelsbeziehungen mit der EU strebt Ägypten in Übereinstimmung mit der ‚Europa-Mittelmeer-Roadmap‘ für die Handelsliberalisierung einen besseren Marktzugang für Erzeugnisse an, bei denen es einen natürlichen vergleichsweisen Vorteil besitzt: Dies erfordert eine Fortsetzung der Zusammenarbeit bei den gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen. Zudem ist in den den Agrarhandel ergänzenden Bereichen Vorsicht geboten, so insbesondere bei der Entwicklung des ländlichen Raums und bei der Entwicklung der Produktionsqualität.

In den letzten Jahren hatte Ägypten eine Reihe von schweren Haushaltsdefiziten zu verkraften. Das Haushaltsdefizit der zentralen Staatsregierung erreichte in den Jahren 2004-2005 9,1% des BIP. Nach Schätzungen des IWF dürfte diese Zahl im Zeitraum 2005/2006 und 2006/2007 auf 8,3% bzw. 8,1% sinken. Trotz dieser erwarteten Verbesserungen müssen die Anstrengungen zum Abbau des Haushaltsdefizits und zur budgetären Konsolidierung fortgesetzt werden. Dies verringert die öffentliche Verschuldung und stimuliert private Investitionen und Wachstum. Bei der Verbesserung des öffentlichen Finanzgebarens ist der öffentlichen internen Finanzkontrolle besondere Beachtung zu schenken.

Die Zentralbank von Ägypten (CBE) hat die Geldmengensteuerung kohärenter gemacht und eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um eine differenziertere Geldpolitik betreiben zu können und von den direkten Interventionen wegzukommen. In Bezug auf den Bankensektor wurde ein neues Einheitliches Bankengesetz verabschiedet, das unter anderem auf die Anwendung der neuen Mindesteigenkapitalquoten/Mindestreserven und der strengeren Vorschriften für die Überwachung durch die Zentralbank von Ägypten (CBE) sowie auf die Durchführung der Privatisierungspolitik der Regierung abzielt. Die Aufsichtsrolle der Zentralbank von Ägypten (CBE) muss gestärkt werden. Die Reform stellt auch auf die Neustrukturierung der Versicherungswirtschaft, die Entwicklung der Kapitalmärkte und die Belebung von anderen Finanzdienstleistungen ab.

Wenn auch Fortschritte bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu verzeichnen sind, so bleibt doch noch viel zu tun. Bei den Rahmenbedingungen für die Unternehmen gibt es nach wie vor Schwachstellen, die die Leistungsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft einschränken, und erst jüngst hat man sich dieser Probleme im Hinblick auf die Zolltarife

und auf andere fiskalische Bereiche angenommen. Eines der Hemmnisse besteht in der Unmöglichkeit, das neue Wirtschaftsrecht wirkungsvoll durchzusetzen, und zwar oftmals aufgrund der Tatsache, dass die mit der Regulierung der Wirtschaft befassten Institutionen dazu zu schwach sind. Die private Wirtschaft ist mit einer vagen Systematik des Wirtschaftsrechts konfrontiert, in der die Transparenz, der freie Wettbewerb und die Durchsetzbarkeit von vertraglichen Ansprüchen bei Weitem nicht hinreichend gewährleistet sind. Die Verbesserung der Unternehmensverfassung ist somit eine wichtige Herausforderung, um Investitionen anziehen und halten zu können.

Und schließlich genießen statistische Daten in Ägypten nur wenig Glaubwürdigkeit. Derzeit erwägt die ägyptische Regierung ein umfassendes Programm zur Modernisierung der statistischen Sach- und Betriebsmittel.

**Soziale Entwicklung:** Zwar verzeichneten die sozialen Indikatoren in den letzten Jahrzehnten einige Verbesserungen, doch lebten im Zeitraum von 1990-2002 schätzungsweise 44% der ägyptischen Bevölkerung von weniger als €1,7 pro Tag (über der Armutsgrenze). Nach dem Index menschlicher Entwicklung (HDI) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) stand Ägypten 2005 auf Rangplatz 119 von insgesamt 177 Ländern. Aufgrund eines Bevölkerungszuwachses von 2% pro Jahr und etwa 600 000 neuen Bewerbern auf dem Arbeitsmarkt pro Jahr ist das Pro-Kopf-Wachstum nur mäßig gestiegen. Die Arbeitslosenquote liegt nach der amtlichen Erfassung bei 10%.

Zwar hat die Armut im Referenzzeitraum abgenommen, doch ist das regionale Gefälle geblieben (Bericht über menschliche Entwicklung (HDR) für 2005, Berichte über die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG)). Die Erfahrungen in Ägypten bestätigen, dass Armut in einer sehr engen Wechselbeziehung zu Bildung steht und umgekehrt, wobei fast die Hälfte der Armen in diesem Land Analphabeten sind (gegenüber weniger als 30% bei den „Nicht-Armen“). Ägypten leidet an einem großen strukturellen Problem - die Arbeitsplätze finden sich nämlich in geballter Form hauptsächlich in leistungsschwachen Sektoren mit niedriger Produktivität, wo eine Kommerzialisierung nicht möglich ist, und somit besteht kein greifbarer Zusammenhang zwischen einer Produktivitätssteigerung und der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten. Die langfristigen Strategien für nachhaltiges Wachstum und Armutsabbau könnten gefährdet sein, wenn in konzentrierter Form Arbeitsplätze hauptsächlich in nichtkommerzialisierbaren öffentlichen Sektoren geschaffen werden. Denn zugleich hat die private Wirtschaft noch nicht genügend Anziehungskraft im Sinne von vergleichsweise höheren Löhnen, um hochqualifizierte Arbeitskräfte anziehen zu können.

Weit verbreitet ist sowohl die wahrnehmbare als auch die verdeckte Unterbeschäftigung, die erhebliche wirtschaftliche Verluste verursacht und nach Schätzungen 7,5% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64) betrifft. Das geschlechterbezogene Gefälle ist beachtlich, denn von der Arbeitslosigkeit sind 2,5-mal mehr Frauen als Männer in Mitleidenschaft gezogen. Die Privatwirtschaft war nicht in der Lage, die rückläufige Entwicklung im öffentlichen Sektor bei der Einstellung von Hochschulabsolventen zu kompensieren und kann auch nicht den für die kommenden Jahre vorhergesagten explosiven Zuwachs an neuen Fachhochschulabsolventen absorbieren, die Arbeit in der Industrie und in der Landwirtschaft suchen werden. Die Universitäten haben noch einen ziemlichen Weg vor sich, um ihre

Lehrpläne an den Bedarf des Arbeitsmarktes anzupassen, und zwar sowohl in Bezug auf die Art der angebotenen Ausbildung als auch auf das Niveau der nachgefragten Fachkenntnisse.

Zwar hat Premierminister Nazif seit Juli 2004 beachtliche Schritte in Sachen Wirtschaftsreform unternommen, doch erhielten die sozialen Reformen nicht dasselbe Maß an Aufmerksamkeit. Die Behörden widmeten sich intensiv dem Dialog mit den internationalen Organisationen (der Weltbank (WB) und dem Welternährungsprogramm (WFP)) über eine umfangreiche Überprüfung des Beihilfen- und Subventionssystems, um seine Zielausrichtung zu verbessern und um von den derzeit üblichen allgemeinen Beihilfen wegzukommen. Im Januar 2006 kündigte Premierminister Nazif im Parlament an, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (unter anderem im Rahmen von Kleinstkreditprojekten), die Ausdehnung des sozialen Schutzes und die Bildungsreform (Qualitätssteigerung) sowie die Gesundheitsreform (Neustrukturierung des Krankenversicherungssystems) an erster Stelle der Tagesordnung seiner neuen Regierung stehen. Dieser Gesichtspunkt wird in dem im Januar 2006 veröffentlichten ägyptischen Bericht über menschliche Entwicklung im Jahr 2005 weiterentwickelt.

Ägypten hat in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) einen Nationalen Plan zur Bekämpfung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit ausgearbeitet. Das durchschnittliche Einkommen eines arbeitenden Kindes macht 29% des Einkommens seiner Familie aus. 73% der arbeitenden Kinder sind in der Landwirtschaft beschäftigt.

Zwar wurde ein neues Arbeitsgesetz erlassen, doch müssen seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt erst noch bewertet werden. Die Anstrengungen, die Ägypten zur Verbesserung der sozialen Rechte und der grundlegenden Arbeitsnormen unternommen hat, einschließlich der Rechte der Gewerkschaften und des sozialen Dialogs, haben noch nicht die erwarteten Ergebnisse hervorgebracht.

Im Entwurf des Haushaltsplans der zentralen Staatsregierung für das Haushaltsjahr 04 sind 15% der öffentlichen Ausgaben für das Bildungs- und 5% (1,74% des BIP) für das Gesundheitswesen vorgesehen. Die Fortschritte kamen anhand vieler Bildungsindikatoren (Einschreibungsquoten in den Grundschulen und in den weiterführenden Bildungseinrichtungen sowie Alphabetisierungsquote bei Erwachsenen) und Gesundheitsindikatoren (Kindersterblichkeitsziffer, Prozentsatz der geimpften Kinder und Müttersterblichkeitsziffer) zum Ausdruck. Trotz der erzielten Fortschritte besteht nach wie vor Besorgnis hinsichtlich der geringen Effizienz und der unzureichenden Einzelbeträge der staatlichen Ausgaben, der schlechten Qualität der Grundschulausbildung und der beruflichen Ausbildung und der unzureichenden Zugangsmöglichkeiten zu Versorgungsleistungen im Bildungs- und im Gesundheitswesen. Die Regierung hat jüngst Schritte zur Verbesserung der Effizienz des fachlich qualifizierten Arbeitsmarktes unternommen.

Im Allgemeinen besteht im Bildungswesen eine weit verbreitete personelle Überbesetzung. Ferner ist die Einstellungspraxis und der Einsatz des Lehrpersonals ineffizient und folglich die Bildungsqualität schlecht. Die Kostenbeteiligung ist weit vom Optimalen entfernt und die Gestaltung der Ausgaben schlecht koordiniert, was zu einer ineffizienten Planung und Verwaltung führt, wie auch zu großen Abweichungen bei den zugewiesenen Haushaltsmitteln.

Die fachbezogene berufliche Aus- und Weiterbildung (TVET) gilt nach Misserfolgen auf dem allgemeinen Bildungsweg noch immer eher als zweite Chance denn als Schlüsselqualifizierung für die Unternehmen und als wirkungsvolles Instrument für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Ebenso fehlt ein echtes System zur Überwachung des Arbeitsmarktes, mit dem die relevanten Zahlen über die Ströme auf dem Arbeitsmarkt und in der fachbezogenen beruflichen Aus- und Weiterbildung (TVET) erhoben und professionell ausgewertet werden können. Arbeitsvermittlungsdienste, die für eine Deckung von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften sorgen und schwer vermittelbare Arbeitnehmer beraten und auf dem Laufenden halten, sind nur schwach ausgeprägt.

Im Zusammenhang mit der neuen Dynamik auf dem Arbeitsmarkt können sich die gewerblichen Wirtschaftszweige, die größere Umstrukturierungen zu erwarten haben, nicht auf flexible und mobilitätsfördernde Systeme der fachbezogenen beruflichen Aus- und Weiterbildung (TVET) verlassen, und so beklagen sich die Unternehmer über das Fehlen eines zuverlässigen fachlichen Qualifizierungs- und Zertifizierungssystems, ganz abgesehen davon, dass das System nicht in der Lage ist, sich um die Bedürfnisse des informellen Sektors zu kümmern.

Das dynamische Bevölkerungswachstum, die bescheidenen Wachstumsraten und die geringen Ausgaben für den nationalen Gesundheitsdienst haben dazu geführt, dass das Gesundheitssystem und die gesetzliche Krankenversicherung finanziell nicht mehr tragfähig sind. Es gibt keine hoffnungsvollen Aussichten, diese Situation mittelfristig durch haushalts- und steuerpolitische Maßnahmen verbessern zu können. Aufgrund der Unwirksamkeit von stückweisen Einzelreformen hat die Regierung beschlossen, eine umfassendere Reform im Gesundheits- und Krankenversicherungssektor in die Wege zu leiten.

Trotz verbesserter Alphabetisierungs-, Einschulungs-, Erwerbs- und Unterbeschäftigungsquoten besteht nach wie vor ein Geschlechtergefälle zugunsten der Männer. Ägypten hat in Sachen Gleichstellung der Frauen einen schlechten Rangplatz. Der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung ist von 18% auf 23,9% gestiegen, und 2004 betrug die Arbeitslosenrate bei Frauen 24%. Eine große Herausforderung wird für Ägypten darin bestehen, die Teilhabe von Frauen am Entscheidungsprozess zu verbessern und die schweren geschlechtsspezifischen Gesundheitsrisiken, wie die genitale Verstümmelung (90% der verheirateten Frauen) und die unkontrollierte Geburtenrate, in den Griff zu bekommen.

### **Infrastruktur, Verkehr, Energie, Umwelt und natürliche Ressourcen**

Die Regierung hat den Verkehrssektor schrittweise liberalisiert und privatisiert. Die Straße ist sowohl für den Personen- als auch den Frachtverkehr der vorherrschende Verkehrsweg im Inland. Die einschlägige Fachpolitik zielt auf die Verbesserung der Standards und der Funktionstüchtigkeit, den Ausbau der Infrastrukturen, die Förderung von Investitionen der privaten Wirtschaft, die Bereitstellung von sauberen und effizienten städtischen Verkehrsmitteln und die Erhöhung der Sicherheit der Straßen ab. Die Sicherheit der Straßen ist ein wichtiges Anliegen, weil hier die Dichte an Verkehrsunfällen mit am höchsten in der Welt ist. Die Politik möchte eine Verlagerung des Frachtverkehrs von der Straße auf die Schiene und den Fluss fördern. Für den Schienenverkehrssektor zielt die Politik auf die Entwicklung von effizienten und tragfähigen Dienstleistungen für den Personen- wie auch für den Frachtverkehr ab.

Angesichts der Bedeutung des Seeverkehrs für den Außenhandel besteht ein wichtiges Ziel der Politik in der Steigerung der Effizienz der Seehäfen und maritimen Dienstleistungen. Das laufende Hafenreformprogramm konzentriert sich nicht nur auf den Ausbau der Infrastrukturen und des entsprechenden Oberbaus, sondern auch auf die Stärkung der Hafenbehörden und die Trennung von Ordnungsaufgaben und kommerziellen Funktionen. Die Seeverkehrspolitik zielt auch auf die Weiterentwicklung der Handelsflotte, die Verbesserung der allgemeinen und betrieblichen Sicherheit und Absicherung auf See und auf die Förderung ausländischer und inländischer Privatinvestitionen ab. Im Luftverkehrssektor liegt der Schwerpunkt auf der Umsetzung der bestehenden nationalen Luftverkehrspolitik, der Liberalisierung des Luftverkehrsmarktes, der Angleichung der ordnungspolitischen Maßnahmen und der Umsetzung der EU- und der internationalen Normen und Standards für die allgemeine und betriebliche Sicherheit und Absicherung. Dies umfasst ferner auch die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung (einschließlich der geplanten Trennung von Ordnungsaufgaben und Betriebsführungsfunktionen nach dem Übereinkommen über die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums (ECAA)) sowie die Anhebung der Standards für die allgemeine und betriebliche Sicherheit und Absicherung.

Ägypten entwickelt sich immer mehr zum Erdgasausfuhrland und zum Transitland für die Energielieferungen aus dem Arabischen Golf zur Sumed-Ölpipeline. Längerfristig könnte der weitere Ausbau der arabischen Erdgaspipeline, die derzeit die Märkte des Nahen und Mittleren Ostens mit ägyptischem Gas versorgt, eine Rolle dabei spielen, die Sicherheit der Lieferungen in die Region und die EU zu erhöhen. Die Energielieferungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Volkswirtschaft, aber bisher wurden für diesen Sektor weder langfristige Strategien noch auf der Marktsituation beruhende rechtliche oder ordnungspolitische Rahmenbedingungen ausgearbeitet. Sinken die Erdölausfuhren, so sind 40% der Ausfuhrerlöse davon betroffen; Erdöl und Elektrizität machen 20% des BIP aus. Dank der umfangreichen Erdgasvorkommen, die beachtliche Möglichkeiten für eine Erhöhung der Ausfuhren bieten, so insbesondere nach Europa, ist Ägypten ein schnell expandierender Erdgaserzeuger. Der Politik der Regierung für die Entwicklung des Erdgassektors kommt eine Schlüsselfunktion für die Deckung der schnell ansteigenden Energienachfrage, den Zuwachs an Einnahmen und die Verbesserung der Umweltbedingungen zu. Ägypten hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2010 3% seines Primärenergiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen zu decken. Zu den vielversprechendsten Energiequellen zählen Wasserkraft-, Wind- und Solarenergie, aber Ägypten fehlen bisher das rechtliche Rahmenwerk und die wirtschaftlichen Anreize für die Einführung von Energieeffizienzmaßnahmen und die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen. Im September 2006 hat Ägypten angekündigt, dass es beabsichtige, sein Programm für die zivile Nutzung von Atomenergie nach einer zwanzigjährigen Unterbrechung wieder anlaufen zu lassen.

Der nationale Umweltaktionsplan erstreckt sich auf eine Laufzeit von 15 Jahren (2002-2017) und umfasst prioritäre Bereiche wie die Wasser- und die Luftqualität, die Raumordnung und Bewirtschaftung der Bodenressourcen, die Wüstenbildung, den Schutz der Meeresumwelt, die Behandlung von festen Abfällen, die Erhaltung der Artenvielfalt und biologischen Sicherheit. Die Einbeziehung der Umweltbelange in alle relevanten nationalen Politiken, Pläne und Programme gilt als allgemeines Strategieziel der ägyptischen Umweltpolitik.



In Ägypten leidet der Umweltschutz an den institutionellen Schwächen, wie z.B. dass die Zuständigkeit für das Umweltrecht zwischen verschiedenen Ministerien und Agenturen aufgeteilt ist, die lokalen Verwaltungen nur begrenzte Entscheidungsbefugnisse haben, so insbesondere die für die Wasserversorgung und die Abwasserbehandlung zuständigen Einrichtungen, und die für Umweltmaßnahmen anfallenden Kosten in der Tat nicht ordnungsgemäß in den Preisen zum Ausdruck kommen. Insbesondere leidet das gesamte Wasserwirtschaftssystem an einem bruchstückhaften und schwachen rechtlichen/ordnungspolitischen Rahmen, was zu einer sehr geringen Effizienz beim Wasserverbrauch, sehr hohen Sickerverlusten (die auf durchschnittlich über 50% geschätzt werden) und schlechten Durchschnittsqualitäten beim Wasser selbst, aber auch bei der Wasserversorgung und Behandlung des Abwassers der Verbraucher führt<sup>1</sup>.

Eine entscheidende Frage ist, ob es gelingt, die Auswaschungs- und Verdünnungsfunktionen des Nils zu erhalten. Sogar noch beängstigender sind die Herausforderungen im Zusammenhang mit den Abwässern, den sanitären Anlagen und den Gesundheits- und Umweltrisiken, die mit den unzureichenden Infrastrukturen für die Abwasserbeseitigung verbunden sind. Die Weltbank hat die Kosten der Umweltschäden im Wassersektor auf rund 1% des BIP beziffert (Fehlen von Trinkwasser und von Abwasserbehandlungsanlagen). Inzwischen stellt der Wassersektor eine schwere Belastung für den staatlichen Haushalt dar. Auch die Strukturen der Wassertarife sind problematisch, nämlich unausgewogen und ungerecht.

### **Wissenschaft, Technologie und Entwicklung, Innovation und Informationsgesellschaft**

Für den Bereich Wissenschaft und Technologie hat die Regierung folgende Sektoren als prioritär festgelegt: Gesundheitswesen, Biotechnologie, Nanotechnologie mit zugehörigen Materialien, Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), wie auch äußerst wichtige natürlichen Ressourcen in so 'traditionellen' Sektoren wie Wasser und Energie (z.B. Solarenergie). Beispielsweise gibt es ein Nationales Programm für Biotechnologie und Gentechnologie, für das 27 Forschungsinstitute unter Vertrag genommen wurden, um 118 Forschungsprojekte durchzuführen.

Die erste Sitzung des Gemischten Ausschusses EU-Ägypten im Rahmen des Wissenschafts- und Technologieabkommens fand am 21. Juni 2006 in Brüssel statt und bestätigte diese prioritären Sektoren als von beiderseitigem Interesse für die künftige Zusammenarbeit mit der EU, die im Rahmen des Siebten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (FP7) erfolgt. Auch wurde ein Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen angenommen, die 2006-2007 durchgeführt werden sollen.

Darüber hinaus wurde jüngst eine Vereinbarung zwischen dem Wissenschafts- und Forschungsministerium und dem Außenhandels- und Industrieministerium über die gemeinsame Finanzierung von industriebezogenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten geschlossen. Der Fonds hat einen Anfangsbestand von 100 Millionen LE.

---

<sup>1</sup> Siehe Anhang 3: Umweltprofil Ägyptens.

Das derzeitige Niveau der Forschungs- und Innovationstätigkeiten (F&I) liegt in Ägypten nach Schätzungen bei 0,5% des BIP pro Jahr und soll Prognosen zufolge in den nächsten fünf Jahren auf 1% steigen. Das nationale System für Forschung und technologische Entwicklung (FTE) umfasst zwar eine Vielzahl von Einrichtungen und Universitäten, eine Herausforderung bedeutet aber die langfristige Finanzierung für die Infrastrukturen, das Fehlen von qualifiziertem Fachpersonal und die Attraktivität von wissenschaftlichen Karrieren auf der nationalen Ebene. Die staatlich finanzierten Programme konzentrierten sich auf die Landwirtschaft, das Gesundheitswesen und, in geringerem Maße, auch auf den Fertigungssektor. Nichtsdestoweniger ist Ägypten in der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit aktiv und steht in Afrika als Ursprungsland internationaler wissenschaftlicher Veröffentlichungen an zweiter Stelle.

In Sachen Informationsgesellschaft setzt die Schaffung von Anreizen für Investitionen in den elektronischen Kommunikationsmarkt eine Reform der Regulierungsmaßnahmen voraus. Um diesen Sektor weiterzuentwickeln, beabsichtigt Ägypten, einen umfassenden Rechts- und Ordnungsrahmen zu erlassen und die Leistungsfähigkeit der Forschungs- und Technologie-Regulierungsbehörde zu stärken. Es hat eine Politik zur Modernisierung der Kommunikationsinfrastrukturen und zur Förderung der Nutzung von Informationstechnologien aufgestellt, die im Rahmen mehrerer Programme umgesetzt werden soll. Für 2007 ist die Einführung der Wettbewerbsfreiheit für den Festnetz-Telefonmarkt geplant.

Ägypten ist eines der wenigen Mittelmeerländer, die im Rahmen des 6. Rahmenprogramms erfolgreich an Informationswissenschafts- und -technologieprojekten teilgenommen haben, und zwar mit einer Reihe von erfolgreichen Vorschlägen, an denen auch ägyptische Organisationen beteiligt waren. Ägypten hat bereits an vorhergehenden Forschungsrahmenprogrammen teilgenommen. Mit der Unterzeichnung eines Übereinkommens über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der EU und Ägypten im Juni 2005 wurde der Wissenschafts- und Technologiedialog auf eine stärkere institutionelle Grundlage gestellt und dürfte somit Ägyptens schrittweise Integration in den Europäischen Forschungsraum erleichtern.

#### **4. ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGE UND DIE LAUFENDE ZUSAMMENARBEIT DER EG**

##### **Hilfe der EU an Ägypten im Zeitraum 2000-2006**

Die EU ist einer der wichtigsten Geber für Ägypten. Die von der Europäischen Gemeinschaft allein bereitgestellte Hilfe beläuft sich seit 1995 auf insgesamt über €1 Milliarde. Diese umfasst das MEDA-Programm, (mit seiner regionalen und bilateralen Komponente) und Unterstützung im Rahmen thematischer Haushaltslinien, wie z.B. der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR). Ferner hat die Europäische Investitionsbank (EIB) Finanzierungsmittel in Ägypten bereitgestellt, so hauptsächlich für Energie-, Verkehrs- und Umweltprojekte sowie für kleine und mittlere Unternehmen. Die Maßnahmen der EIB wurden untermauert durch die Einrichtung der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP) und die Eröffnung eines Regionalbüros der EIB in Kairo. Im Juni 2005 wurde ein Übereinkommen über die

wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen der EU und Ägypten unterzeichnet; außerdem hat Ägypten bereits am 5. und 6. Forschungsrahmenprogramm teilgenommen.

Im Rahmen des **Länderstrategiepapiers** 2002-2006 der EU für Ägypten konzentrierte sich die Hilfe auf drei prioritäre Bereiche: a) Förderung der effizienten Durchführung des Assoziationsabkommens, vor allem durch Unterstützung der ägyptischen Unternehmen und Einrichtungen, den Herausforderungen der zunehmend im Wettbewerb stehenden in- und ausländischen Märkte gewachsen zu sein; b) Unterstützung des Prozesses des wirtschaftlichen Übergangs von einer ineffizienten Planwirtschaft zu einer effizienten und liberalisierten freien Marktwirtschaft, die in der Lage ist, nachhaltiges Wachstum zu fördern u Arbeitsplätze zu schaffen; c) Förderung von Stabilität und nachhaltiger und ausgewogener sozialökonomischer Entwicklung, um die wirtschaftliche Liberalisierung mit sozialen und politischen Reformen, verantwortungsvoller Staatsführung, Rechtsstaatlichkeit, konstruktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft und Umweltschutz zu verquicken.

Im Zeitraum 2000-2006 wurden im Rahmen des **nationalen Programms von MEDA II** Mittel in Höhe von insgesamt €94 Millionen gebunden. Aufgrund der im Strategiepapier aufgeführten Prioritäten wurden in Übereinstimmung mit den ägyptischen Behörden zwei Nationale Richtprogramme (NRP) mit einer Laufzeit von 2002-2004 bzw. von 2005-2006 angenommen.

Das institutionelle Partnerschaftsinstrument („Twinning“) wurde auf Ägypten ausgedehnt. In einem ersten Schritt hatten ägyptische Behörden um direkte Zusammenarbeit mit einem Gesprächspartner aus einer nationalen Verwaltung in der EU gebeten, und zwar in den Bereichen Tourismus, Seeverkehr und Postdienste. Andere Projekte sind derzeit für verschiedene Bereiche in Vorbereitung.

Hinsichtlich der thematischen Programme erhielt Ägypten Unterstützung aus der Haushaltslinie Zusammenarbeit mit NRO (€4,4 Millionen) und aus der Europäischen Initiative für Menschenrechte und Demokratie (EIDHR: €5 Millionen). Mit weiteren €5 Millionen wurde die Gründung und Arbeit der Anna-Lindh-Stiftung für den interkulturellen Dialog mit Sitz in Alexandria unterstützt.

Die **regionale Zusammenarbeit** im Rahmen von **MEDA** umfasste Maßnahmen zur verantwortungsvollen Staatsführung und zur Reform der öffentlichen Verwaltung, zu Umweltbelangen (Verschmutzung im Mittelmeer, SMAP, METAP, LIFE Drittländer und örtliche Wasserwirtschaft), Justiz und Inneres (Migration, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, politische und wirtschaftliche Forschungsarbeiten, wirtschaftliche Zusammenarbeit in Süd-Süd, Statistik, Verkehr (einschließlich globales Satellitennavigationssystem, GNSS I und II) und Energie (einschließlich Euro-Masher Gasmarktprojekt), Sicherheit im Seeverkehr (SAFEMED I und II), Modernisierung des Hochschulwesens im Rahmen von TEMPUS, Informationsgesellschaft (EUMEDIS), Audiovisuelles, Schutz von kulturellem Erbe und Entwicklung des Jugendaustauschs und der Zusammenarbeit auf dem Gebiet Jugend in der Region Europa- Mittelmeer.

Im Rahmen des Mandats für Euro Med II 2000-2006 hat die EIB bisher Finanzierungsmittel in Höhe von insgesamt €1 862 Millionen bereitgestellt, wovon €1 355 Millionen bis Ende 2005 ausgezahlt wurden. Mit zwölf EIB-Darlehen aus Eigenmitteln wurden Projekte auf den

Gebieten Energie (Stromerzeugung, Erdgasspeicherung und -aufbereitung und Massenübertragung), Verkehr (zivile Luftfahrt) und Umwelt (Sammlung, Behandlung und Entsorgung von Abwasser) unterstützt, während drei Globaldarlehen zur Finanzierung der Großinvestitionsprojekte von kleinen und mittleren Unternehmen beitrugen. Ferner unterzeichnete die EIB zwei Globaldarlehensgeschäfte mit Mitteln aus Risikokapital (€50 Millionen) zur Unterstützung der Qualifizierung ägyptischer Unternehmen für den Wettbewerb. Für technische Hilfe wurden nichtrückzahlbare Zuschüsse in Höhe von insgesamt €3,4 Millionen aus dem Programm Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa Mittelmeer – technische Hilfe (FEMIP TA) zur Unterstützung von Maßnahmen der EIB in den Sektoren Wasser, Energie und Finanzwesen geleistet.

Die EIB verstärkte ihre Aktivitäten in Ägypten im Zeitraum 2003-2005 proportional zu dem speziellen Schwerpunkt, der im Rahmen der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa Mittelmeer (FEMIP) auf die Unterstützung des Privatsektors gelegt wurde. Etwa 54% (€12 Millionen) der gesamten Darlehensverträge in diesem Zeitraum bezogen sich auf Maßnahmen, die unmittelbar Projekten aus dem Privatsektor zugute kamen, während sich weitere 24% (€60 Millionen) auf Projekte zur Schaffung von Rahmenbedingungen bezogen, unter denen sich die Investitionen der privaten Wirtschaft gedeihlich entwickeln können.

Die enge Zusammenarbeit mit der EIB, den anderen internationalen Finanzinstituten (IFI) und den bilateralen Gebern, die in Ägypten tätig sind, ist ein Schlüsselfaktor für die erfolgreiche Entwicklung von Aktivitäten. Insbesondere sind die nichtrückzahlbaren Zuschüsse der Europäischen Kommission und die Darlehen der EIB zweifelsfrei wichtige Instrumente, die erhebliche Synergien schaffen können. Die Möglichkeiten für eine Kofinanzierung und Parallelfinanzierung der EG werden im Stadium der Festlegung der Projekte und Programme erwogen.

### **Wichtige Lehren aus der Strategie für Ägypten im Zeitraum 2002-2006**

Der im Februar 2004 veröffentlichten Evaluierung der Länderstrategie zufolge trugen die Aktionen der EU zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilität bei. Die Fortschritte stellten sich proportional zum langsamen Tempo der Wirtschaftsreform ein. Dies änderte sich mit dem Start der Reformagenda der neuen Regierung im Juli 2004. Seitdem ist es über das Hilfeportfolio der Kommission möglich, mit den Behörden in einen Dialog über mehrere Schlüsselreformen einzutreten, wie z.B. in den Bereichen Finanzwesen, Zölle, Handelsausweitung, Sozialwesen, Gesundheitswesen, Bildungswesen, berufliche Aus- und Weiterbildung.

Seit 2004 wurde eine Verlagerung von den technischen Hilfeprogrammen in großem Maßstab hin zur Budgethilfe vorgenommen. Die Budgethilfe hat sich in den Bereichen als erfolgreich erwiesen, in denen die Regierung selbst ehrgeizige Reformen begonnen hat und damit einverstanden war, die Geber einzubeziehen, wie z. B. bei den Reformen in Sachen Zölle, wirtschaftliche und tragbare Wassernutzung, Neustrukturierung des Textilsektors und berufliche Aus- und Weiterbildung. Der Einsatz von Maßnahmen der Budgethilfe wurde auch möglich durch das hohe Niveau der Kontrollen, die das Finanzministerium bei öffentlichen Mitteln vornimmt, und die Gegenleistung der Regierung, neue Reformen zur Verbesserung des öffentlichen Finanzgebarens durchzuführen und sich damit auf eine größere Haushaltsdisziplin zuzubewegen.

Der Evaluierung zufolge war das Assoziationsabkommen EU-Ägypten der wichtigste Faktor für die **Erleichterung der Öffnung der Wirtschaft (Priorität a)**. Die handelsbezogenen Maßnahmen der EG – das Programm zur Ausweitung des Handels (TEP) und das Programm zur Modernisierung der gewerblichen Wirtschaft (IMP) – wurden als relevant und angemessen bewertet. Das Programm zur Ausweitung des Handels (TEP) trug unter anderem zum wichtigen Fortschritt der Vereinfachung des Zollverfahrens bei. Das Programm zur Modernisierung der gewerblichen Wirtschaft (IMP) bot zwar grundsätzlich geeignete Lösungen an, doch hatte es nach allgemeiner Einschätzung nur wenig Auswirkungen auf Kernpunkte wie die Förderung von mehr ausländischen Direktinvestitionen und Kapitalzuflüssen aus der EU nach Ägypten. Das Projekt zur Bekämpfung der bakteriellen Kartoffelbraunfäule zeitigte den Erfolg, dass diese Krankheit weniger ausbrach und machte es Ägypten damit möglich, größere Mengen von Kartoffeln in die EU auszuführen.

Die Ergebnisse bei den Zielen betreffend die **Modernisierung der Wirtschaft/den wirtschaftlichen Übergang (Priorität b)** waren gemischt. Faktor mit dem wichtigsten Beitrag ist wiederum das Assoziationsabkommen. Initiativen von unten nach oben („Bottom-up“), wie die Unterstützung des Privatsektors, haben sich als wertvoll erwiesen, wenn auch ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis nach wie vor fraglich ist. Initiativen von oben nach unten („Top-down“), die entscheidend von der Reformagenda der Regierung abhängen – hauptsächlich die mit dem Ziel der Privatisierung und der Bankenreform – haben nur schwache Ergebnisse hervorgebracht, insbesondere in den Fällen, in denen sich die Aktionen und Zusagen der Regierung in Grenzen hielten.

Positiver ist die Situation bezüglich der **Unterstützung der sozialökonomischen Entwicklung (Priorität c)**. Mit der Strategie wurden gute Ergebnisse bei der Reform des Gesundheitswesens, der Verbesserung des Zugangs zum Bildungswesen und der Schaffung von Arbeitsplätzen erzielt. Solange die Reformen ausblieben, stellte die EU erhebliche Hilfe aus dem größten Fonds – dem Fonds für Sozialentwicklung (SFD) – mit folgender Zielausrichtung bereit: Arbeitslosigkeit, Zugang zu Krediten und nichtfinanziellen Dienstleistungen für KMU und Unterstützung von Initiativen für das Gemeinwesen und für die soziale Entwicklung.

Auf eine Reihe der in der Evaluierung enthaltenen **Empfehlungen** wurde bereits während der Laufzeit von 2004-2006 eingegangen. Die EG hat von großen Projekten, die auf technischer Hilfe beruhen, Abstand genommen und setzt jetzt in den Fällen auf Budgethilfe, in denen die politischen Rahmenbedingungen geeignet sind, die gewünschten Ergebnisse hervorzubringen. Andere Empfehlungen, wie z.B. die Forderung, sich stärker auf die Hilfe der EG für die Durchführung des Assoziationsabkommens in seiner gesamten Dimension, einschließlich seiner politischen Bedeutung, zu konzentrieren, oder auf die strategischen Ziele der EU, wie Demokratie und Menschenrechte abzustellen und die soziale Entwicklung und die politische Reform zu unterstützen, werden in dem vorliegenden Strategiepapier behandelt.

### **Koordinierung der Geber**

Die Delegation der Kommission in Kairo ist mit der Koordinierung der Geber befasst. 2006 führte die Delegation den Vorsitz in der Gruppe zur Koordinierung der Hilfe von Gebern

(DAG). Sie führt den Mitvorsitz in mehreren ihrer thematischen Untergruppen (Gesundheit, geschlechterbezogene Angelegenheiten und Wasser/Landwirtschaft). Diese Gruppe zur Koordinierung der Hilfe von Gebern (DAG) hat sich bemüht, alle bestehenden Hilfen der Geber mit der Reformagenda der Regierung zu verknüpfen. Die Verbesserungen bei der Gesamtkoordinierung der Geber wurden in der Evaluierung der Länderstrategie anerkannt. Die Delegation hat konkrete Schritte zur Umsetzung der Pariser Erklärung zur Harmonisierung gesetzt. Die Kommission koordinierte die Vorbereitungen für das vorliegende Strategiepapier 2007-2013 mit allen relevanten Gebern bereits in einem frühen Stadium. Die derzeitigen und künftigen Prioritäten von anderen Gebern wurden zur Sicherstellung von Zusammenhalt und Komplementarität bei dieser Strategie berücksichtigt. Die Koordinierung der Unterstützung zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten wird durch regelmässige Sitzungen der Entwicklungsratsmitglieder in Kairo sichergestellt.

USAID, die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten (insbesondere Deutschland, Italien, die Niederlande und Spanien) sowie die Weltbank sind die größten Geber für Ägypten<sup>2</sup>, gefolgt von den arabischen Fonds, dem IWF, den UN-Sonderorganisationen (UNDP, WFP), Kanada und Japan.

**USAID:** Seit 25 Jahren sind die USA in der Folge des von ihnen vermittelten Camp-Davids-Abkommens zwischen Ägypten und Israel bei Weitem der größte Einzelgeber, der Ägypten etwa \$2 Milliarden pro Jahr zur Verfügung stellt (wovon \$1,3 Milliarden militärische Hilfe sind). Die militärische Hilfe soll auf dem derzeitigen Niveau beibehalten werden, aber die Finanzhilfe von USAID an Ägypten soll bis 2009 um 50% gekürzt werden. Zu den Prioritäten von USAID zählen Bildungswesen, wirtschaftliches Wachstum, Umweltschutz und Infrastrukturen. USAID führt Programme zu den Themenbereichen Gesundheit, Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung durch. In weiteren Bereichen sind Maßnahmen geplant, die die Themenbereiche Strafrechtspflege, Familiengerichtbarkeit, juristische Ausbildung, Medien und lokale Verwaltung umfassen.

Die Halbzeitevaluierung von USAID für die Haushaltsjahre 2000-2009 enthält die Aufforderung zu einer wesentlichen Steigerung der Anstrengungen in den Bereichen Bildungswesen, Demokratie und Staatsführung, zu einer geringfügigen Aufstockung der Finanzmittel für die Bereiche Gesundheitswesen und Bevölkerungsangelegenheiten und zu einer geringfügigen Reduzierung der Finanzmittel für das Wirtschaftswachstumsprogramm, wobei man sich aber stärker auf dessen Inhalte konzentrieren sollte (Ausweitung des Handels, Reformen im Zollwesen und im Finanzsektor). In der Evaluierung wird eine Beendigung der Umweltprogramme und der Programme für die Aus- und Weiterbildung von Erwerbstätigen empfohlen.

**Weltbank:** Das derzeitige Darlehensportfolio der Weltbank beläuft sich für Ägypten auf insgesamt etwa \$1 Milliarde, die sich auf folgende Bereiche verteilt: Landwirtschaft (hauptsächlich Entwicklung des ländlichen Raums und Bewässerungsmaßnahmen): 38%, Infrastrukturen (Ausbau der Flughäfen von Kairo und Sharm el Sheik): 31%, Bildungswesen (frühe Kindheit, höheres Schulwesen, Hochschulwesen und fachliche und berufliche Aus- und Weiterbildung): 18%, Gesundheitswesen/sozialer Schutz (Krankenversicherung, medizinische Grundversorgung und öffentliches Gesundheitswesen): 13%.

---

<sup>2</sup> Siehe Anhang 4 : Programme der EU-Mitgliedstaaten und der EG nach Sektoren.

## **Kohärenz der fachpolitischen Instrumente**

Im Rahmen des Barcelona-Prozesses gestalten sich die Beziehungen zu Ägypten mit Hilfe einer ganzen Reihe von Gemeinschaftspolitiken, die immer stärker auf der Kohärenz zwischen ihrer gemeinschaftsinternen und ihrer externen Dimension aufbauen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Handel, Energie, Verkehr, Umwelt, Wissenschaft, Forschung und Technologie, verantwortungsvolle Staatsführung, Gleichstellung von Frau und Mann und Schutz der Menschenrechte.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik geht über die bestehenden Beziehungen hinaus und bietet vertiefte politische Beziehungen und wirtschaftliche Integration. Daher baut der Aktionsplan EU-Ägypten im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) auf einer Reihe von Gemeinschaftspolitiken und gemeinsamen Werten auf. Die Kohärenz dieser fachpolitischen Instrumente wird in Kapitel 5 der Aktionsstrategie der EG dargestellt.

## **5. AKTIONSSTRATEGIE DER EG**

### **5.1 Allgemeine Grundsätze des strategischen Konzepts der EU und prioritäre Ziele**

Die EU verfolgt mit ihrer Strategie für Ägypten das Ziel, eine privilegierte Partnerschaft zu begründen, und zwar im Rahmen einer vertieften politischen Zusammenarbeit und wirtschaftlichen Integration, die durch ein angemessenes Paket von Finanzhilfen und durch andere Instrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) Unterstützung erfährt. Die besonders wichtige strategische Bedeutung Ägyptens ergibt sich aus seinen Plänen für politische, soziale und wirtschaftliche Reformen, aus seinem Potenzial für vertiefte Wirtschaftsbeziehungen mit der EU und aus seiner Bereitschaft, bei der Förderung von Frieden und Sicherheit in der Region mit der EU zusammenzuarbeiten.

Das strategische Konzept der EU wird im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und der Durchführung des gemeinsamen ENP-Aktionsplans weiterentwickelt. Die strategische Aktion der EU muss sowohl eng mit den Prioritäten Ägyptens verknüpft als auch vollauf mit der gesamten Bandbreite der relevanten EU-Politiken kohärent sein. Diese Kohärenz wird durch den politischen Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sichergestellt. Der Aktionsplan stellt einen einheitlichen Rahmen für die Beziehungen der EU mit Ägypten dar. Die Ergebnisse des Dialogs zwischen der EU und Ägypten über die Durchführung des ENP-Aktionsplans dienen im Rahmen der Unterausschüsse und der Einbeziehung verschiedener Abteilungen der Kommission als Maßstab und Orientierung für die Auswahl der entsprechenden Prioritäten.

Die kurzfristige Agenda des Aktionsplans EU-Ägypten ist ehrgeizig. Stößt Ägypten bei der Durchführung des Aktionsplans auf Sachzwänge und Kapazitätsengpässe, so bietet die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) eine Reihe von Instrumenten und Anreizen an, die es dem Land leichter machen, seine Verpflichtungen nach dem Aktionsplan zu erfüllen. Dazu gehört die Öffnung des Zugangs zum innergemeinschaftlichen Handel, ein Pflöck im Binnenmarkt, und zielgerichtete technische und finanzielle Hilfe. Gegebenenfalls erhält Ägypten auch Unterstützung für die Teilnahme an Gemeinschaftsprogrammen, -einrichtungen und -netzwerken, wenn diese für die Teilnahme dieses Landes offen sind. Um eine möglichst große Wirksamkeit zu gewährleisten, werden die Prioritäten für die

Programmgestaltung auf eine Linie mit den prioritären Zielen des ENP-Aktionsplans gebracht und zwecks Synergieeffekt mit anderen Anreizen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) kombiniert. Ein der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zugrunde liegendes Merkmal ist ihre individuell maßgeschneiderte Ausgestaltung, bei der die ENP-Partner frei über das Tempo und die Intensität der Beziehung entscheiden können. Diejenigen, die bei ihren Reformprogrammen schneller und intensiver vorankommen wollen, profitieren von einer größeren Bandbreite an Hilfe und Unterstützung.

Angesichts der bei den Zielen des Aktionsplans erreichten Fortschritte und der Gesamtentwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Ägypten wird die Möglichkeit einer neuen vertraglichen Beziehung erwogen.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) bietet den Rahmen für die Unterstützung des Modernisierungsprozesses in Ägypten. In diesem Zusammenhang konzentriert sich die EU auf eine begrenzte Anzahl von spezifischen Prioritäten, die auf der Grundlage folgender Grundsätze ausgewählt werden: i) strategische Interessen der EU; ii) Kohärenz mit dem Nationalen Entwicklungsplan; iii) Möglichkeit der Verknüpfung mit den Schlussfolgerungen der Unterausschüsse für die Durchführung des Aktionsplans; iv) strategisches Konzept für die Koordinierung der Geber, die Harmonisierung und die Angleichung, sowie für die Konzentration auf sorgfältig ausgewählte Schlüsselbereiche, in denen die EU nach ihrer Auffassung vergleichsweise Vorteile besitzt, und in denen es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, die Arbeiten der anderen Geber zu ergänzen, so insbesondere die der EU-Mitgliedstaaten und der EIB.

Die politische Reform ist in Ägypten nicht nur für den Fortgang des Demokratisierungsprozesses im Inland von ganz entscheidender Bedeutung, sondern sie wird auch erhebliche Auswirkungen auf die Region haben. Ägypten hat eine gute Ausgangsposition, um Einfluss auf andere Länder in der Region nehmen zu können. Die Verfasser der Berichte über menschliche Entwicklung in den arabischen Staaten bewerteten die Demokratielücken in der arabischen Region unter globalen Gesichtspunkten als vergleichsweise groß. Um diese Lücken schließen zu können, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es einem immer größeren Teil der Bevölkerung möglich machen, in diesen Demokratisierungsprozess einbezogen zu werden, wozu auch die Dezentralisierung und Abgabe von Macht auf die lokale Ebene gehört.

Der Demokratisierungsprozess trägt auch zur stärkeren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei. Der Privatsektor sollte daher mehr und mehr in die Lage versetzt werden, die aktive Rolle zu spielen, die von ihm in einer modernen Wirtschaft verlangt wird. Gleichzeitig sollte der Staat seine Eingriffe auf die ordnungspolitischen Aspekte der Wirtschaft und auf das Auffangen von negativen Auswirkungen der Reformen beschränken, indem er Unterstützungsleistungen für förderungswürdige oder berechnete Bevölkerungsgruppen besser auf das jeweilige Ziel ausrichtet, die freigewordenen Haushaltsmittel zur Verbesserung des Netzes der sozialen Sicherheit einsetzt und wirtschaftliche Verzerrungen, einschließlich der Subventionierung von Preisregelungen durch gezielte Sozialprogramme, beseitigt.

Öffnet man die ägyptische Wirtschaft durch eine Vermehrung der mit ihm geschlossenen Freihandelsabkommen, so dürfte dies am Ende seine Wettbewerbsfähigkeit steigern, Investitionen anziehen und Arbeitsplätze schaffen. Dieses Ergebnis wird aber nur möglich



sein, wenn Strukturreformen auf folgenden Gebieten einhergehen: Bildungswesen, Finanzwesen und entsprechender Rechts- bzw. Ordnungsrahmen, Förderung von Forschung und Innovation in Verbindung mit Investitionen in die Infrastrukturen.

Berücksichtigt man, dass politische, wirtschaftliche und soziale Überlegungen miteinander zu verknüpfen sind, so lauten die drei entscheidenden Zielvorgaben der Strategie der EU für Ägypten im Zeitraum 2007-2013:

1. Unterstützung der Reformen Ägyptens in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte, verantwortungsvolle Staatsführung und Justiz;
2. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität der ägyptischen Wirtschaft;
3. Sicherstellung der Nachhaltigkeit des Entwicklungsprozesses durch eine wirkungsvolle Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik und durch eine bessere Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen.

Die beschränkte Leistungsfähigkeit der öffentlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft Ägyptens ist ein Umstand, der für die wirkungsvolle Durchführung der Agenda des Landes in Sachen politische, wirtschaftliche und soziale Reform zu berücksichtigen ist. Die Stärkung der ägyptischen Institutionen, Einrichtungen und Organisationen stellt daher ein alles überwölbendes Ziel zur Verwirklichung der drei oben angeführten entscheidenden strategischen Zielvorgaben dar.

Im Aktionsplan EU-Ägypten ist eine Reihe von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen festgelegt, die dem Ziel dienen, den ordnungspolitischen, rechtlichen und administrativen Rahmen anzupassen. Für die Zusammenarbeit beim Aufbau leistungsfähiger Strukturen und Einrichtungen setzt die EG alle ihr zur Verfügung stehenden relevanten Instrumente ein, so auch Partnerschaftsvereinbarungen und Twinningmodalitäten, und sie stellt ferner Finanzhilfen zur Förderung des menschlichen Potenzials und des sozialen Kapitals, zur Unterstützung der Gesetzesreform und zur Stärkung der Ausarbeitung und Durchführung von Strategien und Politiken bereit. Diese Unterstützung wird auf die Prioritäten ausgerichtet, die von den für die Überwachung der Durchführung des Aktionsplans zuständigen gemischten Unterausschüssen festgelegt wurden.

Zinszuschüsse und andere Arten der Vermengung von nichtrückzahlbaren Zuschüssen mit rückzahlbaren Darlehen können eine gewisse Hebelwirkung auf die Investitionen von internationalen Finanzinstituten in den Bereichen Umwelt, Energie und Verkehr ausüben. Kommen Zinszuschüsse in Betracht, so ist ihre Relevanz von Einzelfall zu Einzelfall zu prüfen und besondere Sorge dafür zu tragen, dass erhebliche Verzerrungen des Marktes vermieden werden. Was die Umwelt anbelangt, so zählen zu den relevanten Sektoren auch die Wasserwirtschaft, die Abfallbehandlung und die Umweltbelastungen durch die Industrie. Zum Energiebereich gehören in etwa die erneuerbaren Energiequellen und die effiziente Energienutzung. Im Hinblick auf ihre finanzielle Rentabilität sollten Investitionen in Energieinfrastrukturen/-netze grundsätzlich geschäftliche Vorgänge sein. Nur unter außergewöhnlichen Umständen, auch wenn es um spezifische Interessen der EU geht (so vor allem um die Energieversorgungssicherheit), und wenn es schwierig ist, ein Projekt in Gang zu bringen, können unter Umständen auch zielgerichtete Zinszuschüsse oder andere Arten der Vermengung von Zuschüssen mit Darlehen für besondere Investitionsprojekte erwogen werden. Bezüglich des Verkehrswesens müssten sich die Zinszuschüsse oder anderen Arten der Vermengung von Zuschüssen mit Darlehen auf die Katalysatorfunktion für Finanzmittel

konzentrieren, die für wichtige Infrastrukturen von strategischer Bedeutung benötigt werden, wie z.B. grenzübergreifende Maßnahmen für prioritäre Verkehrswege oder Verbindungsstrecken, die zu deren Fertigstellung erforderlich sind.

Die Höhe der Unterstützung durch die EU hängt von der Vereinbarung eines umfassenden Aktionsplans ab, der die jeweiligen Verpflichtungen zu den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen enthält.

## **5.2 Analyse der Prioritäten**

Der ENP-Aktionsplan ist der auf beiderseitigen Interessen beruhende politische Rahmen, in dem die finanzielle Unterstützung der EU gewährt wird, und zwar neben der großen Palette von ENP-Anreizen und -möglichkeiten in Form der Einbeziehung in die Gemeinschaftsmärkte, -programme und -einrichtungen. Für jede der festgelegten Schlüsselprioritäten muss die gesamte Bandbreite der geeigneten Maßnahmen – sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle – zur Verfügung gestellt werden. Nachstehend werden die drei entscheidenden strategischen Zielvorgaben eingehender dargestellt:

*Strategieziel 1: Unterstützung der Reformen Ägyptens in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte, verantwortungsvolle Staatsführung und Justiz*

Die ägyptischen Behörden haben ermittelt, welche politischen Reformen in den kommenden Jahren Priorität haben sollen. Auf dem Gebiet der Menschenrechte wurde mit der Einsetzung des Nationalen Rates für Menschenrechte eine Institution im Inland geschaffen, die als potentielles Medium dienen soll, um Änderungsvorschläge im juristischen oder administrativen Zusammenhang vorzulegen und zu transportieren. Da Ägypten bereit ist, seine Beziehungen mit der EU in allen Bereichen der Zusammenarbeit auszubauen, beruht das Konzept der EU für die Unterstützung dieses Sektors auf der Anerkennung Ägyptens, dass es sein eigener Wunsch ist, eine interne Agenda für die politische Reform abzuarbeiten, und dass die Höhe der Unterstützungsleistungen davon abhängt, in welchem Umfang die Reformen durchgeführt werden.

Die EU wird die finanzielle Unterstützung an den Prioritäten Ägyptens für die politische Reform ausrichten, insbesondere an der Steigerung der Effektivität der Institutionen, die mit der Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit betraut sind, einschließlich der gesetzgebenden Organe bzw. Körperschaften. Die Hilfe wird gewährt für die Überprüfung und Festigung des Wahlsystems, für den Aufbau von leistungsfähigen Strukturen und Einrichtungen in der Zivilgesellschaft und für die Förderung des Dezentralisierungsprozesses und der Reform der lokalen Verwaltung, einschließlich Kommunalwahlen. Die Zivilgesellschaft hat in diesen Bereichen eine unterstützende Filter- und Sensibilisierungsfunktion. Die Modernisierung und Weiterentwicklung des Angebots an öffentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge, einschließlich der Verbesserung der verantwortungsvollen Staatsführung und der Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und zur Förderung der Transparenz, insbesondere in der öffentlichen Finanzwirtschaft, haben für Ägypten sehr hohe Priorität.

Bezüglich der Unabhängigkeit und Effektivität der Justiz zielt die Zusammenarbeit auf die Stärkung eines unabhängigen institutionellen Rahmens für die Rechtspflege ab und umfasst unter anderem auch Maßnahmen zur Stärkung der Leistungsfähigkeit und Effizienz der

Gerichte (durch Aus- und Weiterbildung der Richter und Staatsanwälte, Verbesserung der Gerichtsverfahren und der Handhabung der Fallakten und Gerichtsregister usw.) wie auch die Unterstützung von Politiken und Programmen zur Verbesserung der Haftanstalten und Haftbedingungen.

Zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte wird die Hilfe der EU darauf ausgerichtet, die Kultur der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu stärken und zu festigen, wie auch die Leistungsfähigkeit und Effektivität von allen zuständigen Einrichtungen, einschließlich der Sicherheitsbehörden und der Polizei, und die Ausarbeitung und -formulierung einer nationalen Menschenrechtsstrategie durch die Behörden zu unterstützen. Eine Zusammenarbeit wird angeboten zur Förderung des Schutzes der Rechte von Frauen und Kindern und zur Stärkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Unabhängigkeit der Medien/Pressefreiheit. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Anwendung der Protokolle und internationalen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte (über die bürgerlichen und politischen Rechte, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, die Rechte von Frauen, die Rechte von Kindern, die Folter, die Rassendiskriminierung, die Todesstrafe und den Status von Flüchtlingen), denen Ägypten beigetreten ist.

Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Ägypten könnte auch Aspekte der Außen- und Sicherheitspolitik umfassen, wie z.B. die Konfliktverhütung und die Krisenbewältigung, wie auch die Ausarbeitung einer Strategie für das Katastrophenmanagement und die Katastrophenvorbeugung, -verhütung- und -eindämmung.

Auf dem Gebiet des Rechts, der Freiheit und der Sicherheit verfolgen Ägypten und die EU gemeinsame Interessen bei der Zusammenarbeit in Bereichen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität, Geldwäsche, illegale Einwanderung, unerlaubter Handel mit Betäubungsmitteln und Menschenhandel. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Anwendung des auf dem Gipfeltreffen von Barcelona im November 2005 angenommenen Verhaltenskodexes für die Bekämpfung des Terrorismus und der Anwendung der UN-Konventionen über Terrorismus.

Die Zusammenarbeit dürfte in Gestalt eines Maßnahmenpakets erfolgen, wie z.B. Aufbau leistungsfähiger Strukturen und Einrichtungen und Entwicklung der Humanressourcen, technologische Kapazitäten und organisatorische Leistungsfähigkeit im Rahmen eines umfassenden Konzepts zur Förderung von Reformen.

Auf dem Gebiet der Migration strebt die EU eine Zusammenarbeit mit Ägypten z.B. in folgenden Bereichen an: Familienzusammenführung, Status der Staatsangehörigen von Drittstaaten, die langfristig aufenthaltsberechtigt/ansässig sind, Einreiseerlaubnis für Studenten und Wissenschaftler aus Drittstaaten und Steuerung von Migrationsströmen.

*Strategieziel 2: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität der ägyptischen Wirtschaft*

Die Öffnung und Liberalisierung der Wirtschaft, um damit Wachstum zu stimulieren und Anreize für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu geben, ist in den kommenden Jahren die wichtigste Herausforderung für Ägypten und ein spezielles kurz- bis mittelfristiges Ziel der ägyptischen Regierung. Ägypten steht vor der schwierigen Aufgabe, zu entscheiden, wie ein ausgewogenes Gleichgewicht hergestellt werden soll zwischen der Schaffung von

Arbeitsplätzen für die Neubewerber auf dem Arbeitsmarkt, von denen es nach Schätzungen jedes Jahr 600 000 gibt, und der gestiegenen Produktivität und Herstellung von Waren bzw. Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der stärkeren wirtschaftlichen Betätigung des Privatsektors. Die Last, immer mehr Erwerbspersonen ohne die entsprechenden Fachkenntnisse absorbieren zu müssen, wird auf den Schultern des formellen und des informellen Wirtschaftssektors zu tragen sein. Das Strategieziel 2 dient dazu, sich auf die wirtschaftliche Dimension dieses wichtigen Problems zu konzentrieren.

Die Zusammenarbeit mit der EU dient dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktivität des Privatsektors zu steigern. Als Instrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen wendet Ägypten auch künftig die Charta für Unternehmen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer an. Aus den zehn Bereichen, die Inhalt dieser Charta sind, hat Ägypten die folgenden Prioritäten ausgewählt: Vereinfachung der Verfahren für die Unternehmen, Verbesserung der fachlichen Kenntnisse, Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln und Förderung von Innovation. Die Öffnung des 7. Forschungsrahmenprogramms und des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation für die ENP-Partner ist ein wichtiger Vorteil.

Angesichts der vorstehenden Ausführungen und der Unterstützung, die der Handelssektor von anderen Gebern erhält, konzentriert sich die EU auf Bereiche, die unmittelbare Auswirkungen auf den Handel EU-Ägypten haben, wie z.B. die Eindämmung der Verwaltungsbürokratie und der Überregulierung von Handel und Dienstleistungen, die Ausstattung von Innovationen, wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung von Spitzentechnologien mit Kapital, die Entwicklung von Nischensektoren im IT-Bereich, die Steigerung der Qualität und der Wettbewerbsfähigkeit für Ausfuhren (einschließlich des Ausfuhrpotenzials bei gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen (SPS), und die Erleichterung des Handels und die Zollreform. Parallel dazu umfasst die Hilfe der EU auch die Modernisierung des statistischen Systems, die für die Reformprozesse in Ägypten besonders wichtig ist. Die Zusammenarbeit sollte auf die Stärkung der Unternehmensverfassung durch Anwendung der besten Vorgehensweisen („best practice“) im Gesellschaftsrecht, im Rechnungswesen und im wirtschaftlichen Prüfungswesen, einschließlich der Gesetzgebung abzielen.

Die Bedeutung der elektronischen Kommunikation hat mit der Entwicklung der Wissensgesellschaft zugenommen. Auf dem Gebiet der Informationsgesellschaft sollte der Ausbau von Verwaltungskapazitäten gefördert werden, um eine sektorbezogene Strategie und Vorschriften auszuarbeiten, die mit der Politik und dem Rechts- und Ordnungsrahmen der EU übereinstimmen. Zur Förderung eines wettbewerbsfähigen Marktes und der Entwicklung von hochentwickelten Infrastrukturen und Onlinediensten konzentriert sich die Hilfe auf die Durchführung der nationalen Strategie.

In der Vergangenheit hat die EG auch die Landwirtschaft in Ägypten unterstützt, einen arbeitsintensiven Sektor also, der erheblich zum BIP des Landes beiträgt. Weitere Aktionen könnten im Zusammenhang mit den Verpflichtungen ins Auge gefasst werden, die die EG für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums in der ‚Roadmap‘ von Rabat für die Partnerschaft Europa-Mittelmeer eingegangen ist.

Angesichts des großen Anteils, den der Dienstleistungssektor sowohl an der Wirtschaft der EU als auch an der Wirtschaft Ägyptens hat, stellt die Liberalisierung des Handels mit

Dienstleistungen und des Niederlassungsrechts gegenüber Ägypten für die EU eine strategische Priorität dar. Die Verhandlungen mit Ägypten über ein Dienstleistungs- und Niederlassungs-Freihandelsabkommen sind bereits angelaufen. Die Liberalisierung des Dienstleistungssektors verschafft Ägypten Zugang zum Dienstleistungsmarkt der EU, der weltweit der größte ist. Ägypten kann vom technologischen Know-how der Dienstleistungen aus der EU und von den Investitionen profitieren, die bei der Niederlassung von Dienstleistungserbringern aus der EU getätigt werden. Damit lassen sich schließlich die Kosten der Dienstleistungen ägyptischer Betriebe senken. Unterstützung können ausgewählte Dienstleistungen erhalten, die sich im Zusammenhang mit der Reform des Rechtsrahmens an die verschiedenen Regelungsgremien richten. Besonders wichtig ist die Unterstützung der Reformen im Bankensektor und der Verbesserung der Aufsicht über finanzielle Dienstleistungen ganz allgemein. Andere wichtige Herausforderungen, die als Anreiz für inländische und ausländische Investitionen gelten, betreffen die Verbesserung der Unternehmensverfassung, die Durchsetzung des Konkursrechts und die Lösung der handelsrechtlichen Streitigkeiten vor Gericht.

Eine zentrale Komponente der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) besteht in dem mittel- bis langfristigen Ziel, Ägypten schrittweise am Binnenmarkt zu beteiligen. Wichtigste Priorität auf diesem Gebiet ist die Entwicklung eines einheitlichen ordnungspolitischen Konzepts, das eine Liberalisierung des Handels mit gewerblichen Gütern gestattet, um einen europäisch-ägyptischen Markt für solche Güter zu schaffen. Dies trägt zur Diversifizierung der Ausfuhren Ägyptens bei. In den harmonisierten Bereichen ist eine Reihe der gemeinsam ausgewählten Bereiche von etwaigen künftigen Verhandlungen über ein Abkommen über die Konformitätsbewertung und die Anerkennung gewerblicher Produkte (ACAA) betroffen. Für die Durchführung dieser ACAA-Abkommen ist es erforderlich, dass das Partnerland die relevanten Rechtsvorschriften der EU und ihre Infrastrukturen zur Qualitätsbewertung für die ausgewählten Bereiche übernimmt und durchführt.

Als weitere Binnenmarkt-Prioritäten gelten im Hinblick auf die Überprüfung der Rechtsvorschriften und die Stärkung der administrativen Leistungsfähigkeit die Bereiche Kartellverbot und staatliche Beihilfen als Voraussetzungen für eine Teilnahme am Binnenmarkt, ferner die Bereiche geistiges Eigentum, öffentliches Auftragswesen und öffentliche interne Finanzkontrolle wie auch die Maßnahmen zur Durchführung der Ursprungsregeln für den Raum Paneuropa-Mittelmeer. Bedeutung zugemessen wird auch den Schritten, die zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen erforderlich sind, indem Transparenz und Berechenbarkeit sichergestellt werden. Zu diesem Zweck wird die Verabschiedung eines Gesetzbuchs der Unternehmensverfassung und des modernen Gesellschaftsrechts, der Rechtsvorschriften für das Rechnungswesen und das wirtschaftliche Prüfungswesen gefördert.

Um schließlich den Handel zu erleichtern und Ägypten wirklich die Möglichkeit zu geben, am Binnenmarkt für gewerbliche Güter teilzunehmen, ist es wichtig, die Vernetzung zwischen Ägypten und seinen Nachbarn wie auch seine Vernetzung mit der EU zu erleichtern. Die finanzielle Hilfe der EU dient der Förderung der ordnungspolitischen und rechtlichen Aspekte des Verkehrssektors und der Öffnung der relevanten Gemeinschaftsprogramme zur Vervollständigung der europäischen Nachbarschaftsnetze. Zu gegebener Zeit könnte auch eine Bewertung des Bedarfs des Handels (TNA) in Angriff genommen werden, um herauszufinden, welcher Bedarf für eine Unterstützung auf dem

Gebiet des Handels besteht, und damit zur Ermittlung des relevanten Programms beizutragen.

Eine Unterstützung kommt für eine Verstärkung der politischen Maßnahmen Ägyptens zur Verbesserung der Haushaltssituation in Betracht. Ein solider gesamtwirtschaftlicher Rahmen ist von beiderseitigem strategischem Interesse der EU wie auch Ägyptens und trägt zu einem positiven Geschäftsklima bei. Daher sind Maßnahmen zu erwägen, die eine solide öffentliche Haushaltsführung fördern und sicherstellen, dass die Reformagenda finanziell tragbar ist.

*Strategieziel 3: Sicherstellung der Nachhaltigkeit des Entwicklungsprozesses durch eine wirkungsvolle Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik und durch eine bessere Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen*

In Übereinstimmung mit den vorherrschenden sozioökonomischen Bedingungen und Ägyptens eigenen politischen Prioritäten konzentriert sich die Aktion der EU auf die Armutsbekämpfung, die Verbesserung der Lebensstandards, die Förderung von annehmbaren Arbeiten und den Zugang zu den wesentlichen Versorgungsleistungen. Mit der geplanten Hilfe werden die Sozialreformprozesse in Ägypten unterstützt und gefördert, wie auch politische Maßnahmen für arme Menschen, die der Bevölkerung im Allgemeinen und den besonders Schutzbedürftigen im Besonderen zugute kommen.

Eine auf Wirtschaftswachstum gestützte Entwicklung benötigt noch andere Begleitmaßnahmen, so z. B. sozial-, bildungs- und umweltrelevante Maßnahmen, wenn sie nachhaltig sein soll. Die Zielvorgabe im Programm des Präsidenten ist ehrgeizig, nämlich in den kommenden sechs Jahren 4,5 Millionen neue und nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist das Ziel des Präsidenten, die Anzahl der Familien, die Sozialleistungen erhalten, von 650 000 auf 1,3 Millionen zu verdoppeln. Die weitere Entwicklung und erfolgreiche Durchführung der Bildungs- und Beschäftigungsstrategien des Landes sind sehr wichtig, um eine technologisch versierte und anpassungsfähige Arbeitnehmerschaft wie auch eine Beteiligung von Frauen an den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten zu gewährleisten. Die Fördermaßnahmen der EU konzentrieren sich auf die Unterstützung von Reformen zur Verbesserung der Qualität und der Effizienz des öffentlichen Bildungssystems und befassen sich dabei mit der Qualitätssicherung, der Lehrplanreform und der Zulassung und Verbesserung von TVET-Qualifikationen sowie dem Zertifizierungssystem, wobei sie auch die geschlechterspezifischen Perspektiven berücksichtigen. Die Beziehungen zwischen ägyptischen Universitäten und den Universitäten in den EU-Ländern werden gefördert. Ägypten sollte ermutigt werden, die Bildungsziele des bei dem Gipfeltreffen von Barcelona im November 2005 angenommenen 5-Jahres-Arbeitsprogramms zu erfüllen und Strategien für ein langfristiges Lernen zu entwickeln. Gebührende Aufmerksamkeit sollte all denen gewidmet werden, die nicht vom formellen Bildungssystem erfasst werden, so insbesondere denen, die im informellen Sektor arbeiten, und den Analphabeten.

Zur Lösung der Probleme der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung steht die Frage, wie die Qualifikationen der Arbeitnehmer besser auf den Bedarf der Märkte abgestimmt werden können, im Mittelpunkt der Strategien zur Bekämpfung der Armut, Förderung von Wirtschaftswachstum und Verhütung der Radikalisierung. Die Reform des Arbeitsmarktes wird auch im Rahmen der Durchführung des neuen Arbeitsgesetzbuchs und der Übereinkommen der IAO, der wirkungsvollen Arbeit der Gewerkschaften, des sozialen

Dialogs und der Entwicklung eines Arbeitsmarktinformationssystems vorangebracht. Die EU möchte Unterstützung für diese Bereiche bereitstellen.

Diese Hilfe kann auch noch aufgestockt werden, da der ENP-Rahmen Entwicklungsmöglichkeiten für direkte persönliche Aktionen von Mensch zu Mensch und den Austausch von Menschen bietet. Zu diesen Möglichkeiten gehört der Austausch zwischen Sozialpartnern und Teilhabern/Interessenvertretern, eine größere Beteiligung an forschungsbezogenen Tätigkeiten (d. h. im Rahmen des 7. Rahmenprogramms der EU und insbesondere der Marie-Curie-Aktionen mit dem spezifischen Programm 'People' (Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern), die Aktionsprogramme Tempus und Jugend, erweiterte Austauschmöglichkeiten von ägyptischen Staatsangehörigen und Erasmus Mundus. Die Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur werden noch geprüft.

Die Regierung von Ägypten hat damit begonnen, die gesamte Reform der Finanzierung des Gesundheitssystems in Angriff zu nehmen; in Übereinstimmung mit dem Programm des Präsidenten konzentriert sich diese Aktion auf die Schaffung eines starken Nationalen Krankenversicherungssystems bis 2010, mit einer finanziell tragbaren und umfassenden Abdeckung der Gesundheitsversorgung und der Risiken auf einer ausgewogenen und gerechten Grundlage.

Eine bessere Verwaltung und Steuerung der Humanressourcen sollte durch eine angemessene Nutzung und Entwicklung der natürlichen Ressourcen unterstützt werden. Die ägyptische Regierung beabsichtigt, eine nationale Strategie zur nachhaltigen Entwicklung auszuarbeiten und ihre Verwaltungskapazitäten zu deren Handhabung zu verstärken. Sie hat sich dazu im ENP- Aktionsplan verpflichtet.

Auf dem Gebiet des Verkehrswesens stellt die Stärkung der Verwaltungskapazitäten zur Formulierung von sektorbezogenen Strategien und Politiken, die mit den relevanten EU-Politiken und -Vorschriften übereinstimmen, eine allgemeine Priorität dar. Die EU hat ein Interesse an einem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit bei Politiken, die sicherstellen sollen, dass die Verkehrssysteme effizient, kompatibel, sicher und unbedenklich sind. Die im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer eingegangenen Verpflichtungen, die transeuropäischen Netze auf die Nachbarländer auszudehnen, sind zu berücksichtigen.

Unterstützung ist auch für die Stärkung des verantwortungsvollen Umweltmanagements vorgesehen, einschließlich einer Gesetzes- und Verwaltungsreform, und zwar unter Berücksichtigung des Nationalen Umweltaktionsplans der ägyptischen Regierung für 2002-2017 und der Initiative Horizon 2020 zur Sanierung des Mittelmeers bis 2020. Die erfolgreiche Verwirklichung dieses Ziels erfordert eine Kombination von regionalen und nationalen Aktionen. Zu diesem Zweck kann Unterstützung für die ordnungspolitische Konvergenz und den Aufbau leistungsfähiger Strukturen und Einrichtungen ins Auge gefasst werden. Wasser ist ein Bereich von besonderer strategischer Bedeutung. Die Hilfe der EU konzentriert sich auf rechtliche, ordnungspolitische und institutionelle Anpassungen an den bestehenden Rahmen und, möglicherweise, in beschränkten Fällen, auf die Ausarbeitung von Projekten für eine Sanierung der Wasserinfrastrukturen unter Berücksichtigung der Initiative für das Nilbecken. Weitere prioritäre Bereiche umfassen die Politiken und Praktiken der Abfallbehandlung, des Naturschutzes und der Bekämpfung der Wüstenbildung.

In Energiefragen könnte sich die EU womöglich auf die rechtlichen und die ordnungspolitischen Aspekte bezüglich der Entwicklung einer zuverlässigen und nachhaltigen Energiepolitik in Ägypten konzentrieren. Angesichts der Beteiligung Ägyptens an der Errichtung der Erdgasringleitung Östliches Mittelmeer müssen die transeuropäischen Netze im Energiebereich betreffenden Leitlinien für Erdgaspipelines gebührend berücksichtigt werden,

### **5.3 Komplementarität und Kohärenz mit dem Regionalstrategiepapier, dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) und anderen Instrumenten der Zusammenarbeit**

Das *ENPI-Regionalprogramm für die Nachbarschaft im Süden* trägt zur Erreichung der Ziele bei, die in dieser Strategie umrissen sind, da die Tätigkeiten im Rahmen von regionalen oder teilregionalen Programmen einen Mehrwert mit sich bringen oder bilaterale Maßnahmen ergänzen.

In politischen Entwicklungsangelegenheiten kann die bilaterale Hilfe die Durchführung von politischen Reformen unterstützen, während regionale Aktivitäten immer die Unterstützung für die Errichtung von regionalen Netzen und Plattformen der Organisationen der Zivilgesellschaft (zur Ergänzung der Aktion im Rahmen der Plattformen auf der nationalen Ebene) und Mediennetzwerke umfassen. Der Dialog zwischen den Kulturen kann besser auf regionaler Ebene konzipiert und geführt werden, z.B. im Rahmen der Anna-Lindh-Stiftung.

Die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Sicherheit und des Rechts stellt für die EU und eine Reihe von südlichen Nachbarschaftspartnern eine beiderseitige Priorität dar. Zu den regionalen Aktivitäten zählen die justizielle Zusammenarbeit in grenzübergreifenden Angelegenheiten, so z.B. gegen Netze der organisierten Kriminalität, Menschenhandel und Migration, plus der Austausch von besten Vorgehensweisen („best practices“). Dies trägt zu den auf der bilateralen Ebene mit Ägypten unternommenen Aktivitäten bei, die sich auf die Stärkung der Institutionen und die Durchführung nationaler Strategien konzentrieren.

Die regionalen Aktionen in den Bereichen Verkehr und Energie konzentrieren sich auf supranationale Tätigkeiten (Süd-Süd- und Nord-Süd-Verbindungen), während die bilaterale Hilfe auf die Reform von Rechtsvorschriften und auf die nationale Strategie abzielt. Die regionale Zusammenarbeit in Umweltangelegenheiten umfasst die Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur, wobei der besondere Schwerpunkt auf der Initiative Horizon 2020 liegt. Die teilregionale Zusammenarbeit ist ebenfalls Bestandteil der Regionalstrategie der EU.

Neben der bilateralen und der regionalen Komponente profitiert Ägypten auch vom ENPI-Interregionalprogramm und vom ENPI-CBC-Programm für das Mittelmeerbecken. Das *ENPI-Interregionalprogramm* umfasst Aktivitäten, die für alle Nachbarschaftsländer auf dieselbe Art und Weise durchgeführt werden. Aus diesem Programm werden insbesondere TEMPUS und das neue Stipendienprogramm sowie TAIEX-Aktivitäten finanziert. Das *ENPI-CBC-Programm für das Mittelmeerbecken* ermöglicht es den Küstenregionen Ägyptens, mit Küstenregionen in den EU-Mitgliedstaaten im Rahmen von gemeinsamen Projekten zusammenzuarbeiten. Ferner profitiert Ägypten unter Umständen von den *thematischen Programmen*, die im Rahmen des Instruments für die Entwicklungszusammenarbeit aufgestellt werden, so insbesondere von denen in Sachen



„Migration und Asyl“, „in Menschen investieren“ und „Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“, die für Ägypten relevant sind und die bilaterale Zusammenarbeit sinnvoll stärken könnten. Das neue *Instrument für Menschenrechte und Demokratie* (ehemals EIDHR) steht ebenfalls zur Verfügung, um thematische Aktivitäten auf diesem Gebiet zu fördern.

## **6. NATIONALES RICHTPROGRAMM FÜR DEN ZEITRAUM 2007-2010**

Zur Verfolgung der in Abschnitt 5.2 aufgeführten Strategieziele wird eine Vielzahl von Programmen und Maßnahmen zusammengeführt und im Zeitraum 2007-2013 durch die Finanzhilfe der EG im Rahmen des neuen ENPI gefördert.

Die Masse der ENPI-Finanzhilfe an Ägypten fällt unter das vorliegende Nationale Richtprogramm (NRP), das die Reformprozesse in Ägypten unterstützen soll. Wie im Strategiepapier dargelegt, haben Zinszuschüsse unter Umständen eine Hebelwirkung auf die Investitionen internationaler Finanzinstitute in den Bereichen Umwelt, Energie und Verkehr. Diese Fördermaßnahmen sind Bestandteil dieses NRP. Die globale Mittelzuweisung für Ägypten beläuft sich bei besagtem Vorhaben von 2007-2010 auf einen Richtwert von €58 Millionen.

Die Gesamtmittelzuweisung im Rahmen des NRP kann durch Mittelzuweisungen aus der „Fazilität für Staatsführung“ noch aufgestockt werden; aus ihr können zusätzliche Fördermittel für Partner bereitgestellt werden können, die im Rahmen der Durchführung von Aktionsplänen noch weiter vorankommen wollen, sowie durch zusätzliche Unterstützung durch den Nachbarschafts Investitionsfonds.

Das Partnerschafts- (,Twinning-,) Instrument wird zur Verfügung gestellt, um die drei im Nationalen Richtprogramm festgelegten Prioritäten zu unterstützen.

Die Reihenfolge der im Nationalen Richtprogramm festgelegten Prioritäten entspricht der im Aktionsplan EU-Ägypten vorgegebenen Struktur.

### **6.1. Priorität 1: Unterstützung der Reformen Ägyptens in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Justiz**

Die Zusammenarbeit im Bereich der politischen Reform wird weiter ausgebaut, um die Anstrengungen Ägyptens zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten und seine Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Justiz, zur Förderung der verantwortungsvollen Staatsführung und zur Bekämpfung der Korruption zu unterstützen.

#### **1. Unterstützung der politischen Entwicklung und Dezentralisierung und Förderung der verantwortungsvollen Staatsführung**

##### *a) Begründung und Ziele*

Die Wahlen von 2005 bedeuteten für den Demokratisierungsprozess in Ägypten einen Schritt nach vorne. Zum ersten Mal wurden die Wahlen von Wahlkommissionen unter voller richterlicher Aufsicht geleitet und von der lokalen Zivilgesellschaft beobachtet. Gleichzeitig

offenbarte dieser Prozess auch einige Schwachstellen, die ans Licht brachten, dass es notwendig ist, die Teilhabe der Öffentlichkeit zu verbessern, genaue Wählerverzeichnisse zu führen und über einen exakten Rechtsrahmen zur Regelung des Wahlverfahrens zu verfügen wie auch geeignete Verwaltungspraktiken zu haben. Wegen der besonderen Bedeutung, die ein geeigneter Wahlrechtsrahmen für Fortschritte im Demokratisierungsprozess in Ägypten hat, zielt die Unterstützung der EU auf Angelegenheiten im Zusammenhang mit Wahlreformen und –praktiken ab und bezieht dabei die Erfahrungen von anderen Partnerländern und den Mitgliedstaaten mit ein.

Die ägyptische Regierung ist der Auffassung, dass eine Dezentralisierung bei den Bürgern ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl hervorruft, da durch sie eine wirkungsvolle Teilnahme am Entscheidungsprozess ermöglicht wird. Die Dezentralisierung führt zu einer Stärkung der demokratischen Praktiken und zu einer Verbesserung der Bewirtschaftung und der allgemeinen Standards der öffentlichen Versorgungsleistungen. Die Verabschiedung des neuen Dezentralisierungsgesetzes gehört zu den obersten Prioritäten des politischen Reformprogramms der Regierung.

In Ägypten, wie auch in anderen Mittelmeerländern, lässt sich eine Qualitätssteigerung bezüglich der Staatsführung herbeiführen, indem man die Rechenschafts- und Informationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit (Transparenz) verschärft und die Möglichkeiten für Rechtsbehelfsverfahren (Anfechtbarkeit) erweitert sowie geeignete Mechanismen zur Korruptionsbekämpfung einführt.

#### *b) Programmbeschreibung*

Das Programm besteht aus drei Komponenten, wobei die erste das Wahlverfahren, die zweite die Reform der Dezentralisierung und die dritte die verantwortungsvolle Staatsführung behandelt.

Was das Wahlverfahren anbelangt, so wie es vom ägyptischen Nationalrat für Menschenrechte empfohlen wurde, hilft dieses Programm der Regierung bei der Reform des Wahlsystems durch die Verstärkung der öffentlichen Teilhabe am politischen Leben, die Überarbeitung des Wählerverzeichnisses und die Überprüfung des einschlägigen Rechts- und Verwaltungsrahmens.

Bei der Ausarbeitung des Dezentralisierungsgesetzes und nach seiner Verabschiedung unterstützt das Programm die Anstrengungen der Regierung, das lokale Verwaltungssystem zu modernisieren und den Gemeinderäten mehr Aufgaben und Befugnisse und größere Planungs-, Verwaltungs- und Finanzierungskapazitäten für die lokale Entwicklung zu geben.

Die dritte Komponente des Programms unterstützt die Regierung bei der weiteren Modernisierung und Entwicklung der den Bürgern bereitgestellten öffentlichen Versorgungsleistungen, und zwar im Rahmen der Förderung der Rechenschaftspflicht, der Transparenz und der Anfechtbarkeit, einschließlich der Verbesserung der verantwortungsvollen Regierungsführung und der Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung.

Diese Unterstützung umfasst auch die Bereitstellung von technischer Hilfe, um von den besten Verfahrensweisen und von den in den EU-Mitgliedstaaten gezogenen Lehren profitieren zu können.

### *c) Erwartete Ergebnisse*

- Registrierung der Wähler und besserer Aufbau leistungsfähiger Strukturen;
- Verbesserung des Wahlrechtsrahmens;
- Beschleunigung des Dezentralisierungsprozesses;
- Verbesserung des Rechts- und Verwaltungsrahmens für die Gemeinderäte;
- Überprüfung der Korruptionsbekämpfungspolitiken und -praktiken.

### *d) Erfolgsindikatoren*

- Höhere Anzahl der registrierten Wähler und höhere Wahlbeteiligung bei künftigen Wahlen;
- größere Beteiligung der Bürger an lokalen Entscheidungsprozessen;
- geringere Abweichungen bei den sozialen und den wirtschaftlichen Indikatoren zwischen den verschiedenen Governoraten;
- bessere Versorgungsleistungen auf der lokalen Ebene;
- bessere Staatsführung, Verwaltung der öffentlichen Dienste und bestimmter Verwaltungsrahmen.

### *e) Vorläufige Mittelausstattung (Richtbetrag)*

Eingeplant ist ein Finanzrahmen von insgesamt €13 Millionen.

## 2. Förderung des Schutzes der Menschenrechte und der Beteiligung der Zivilgesellschaft am Umweltschutz

### *a) Begründung und Ziele*

Die ägyptische Regierung hat ihre Entschlossenheit und ihr Engagement zu Ausdruck gebracht, die Rechte der Bürger zu stärken, die Teilhabe der Frauen zu vergrößern und die Praktiken der verantwortungsvollen Staatsführung auszuweiten. Die ägyptische Regierung hat Maßnahmen zur weiteren Verankerung und Festigung der Demokratie und der Menschenrechte ergriffen. Die Einsetzung des Nationalen Rates für Menschenrechte (NCHR), des Nationalen Rates für Frauen (NCW), des Nationalen Rates für Kindheit und Mutterschaft und der Familiengerichte ist zusammen mit der wichtigen Rolle der Büros des Bürgerbeauftragten beim Nationalen Rat für Frauen (NCW) und bald auch beim Nationalen Rat für Menschenrechte (NCHR) Ausdruck der fortschreitenden Entwicklung.

Dieses Programm setzt die mit dem Projekt "Menschenrechte, Zivilgesellschaft und verantwortungsvolle Staatsführung" begonnene Zusammenarbeit fort und vertieft diese Zusammenarbeit, zu deren Zielen die Unterstützung der Entwicklung und des Aufbaus von leistungsfähigen Strukturen für die Einrichtungen und NRO wie auch die Unterstützung der Durchführungsmaßnahmen und der Förderstrategien für die Achtung der Menschenrechte in Übereinstimmung mit den internationalen Instrumenten gehören. Das Programm sollte auch die Kapazitäten der ägyptischen NRO zur Förderung und zum Schutz der Umwelt stärken.

## *b) Programmbeschreibung*

In Übereinstimmung mit dem Dialog über die Menschenrechte und die verantwortungsvolle Regierungsführung besteht dieses Programm aus vier Komponenten: i) Förderung des Schutzes der Menschenrechte; ii) Schutz der Rechte von Frauen und Kindern; iii) Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft; iv) Förderung der Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Freiheit der Medien/Pressefreiheit.

### – Förderung des Schutzes der Menschenrechte

Das Programm unterstützt die Anstrengungen der ägyptischen Regierung zur Stärkung der Kultur der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Ägypten. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Stärkung der Leistungsfähigkeit und Effektivität der zuständigen öffentlichen Einrichtungen und Räte bei der Überprüfung der nationalen Rechtsvorschriften und bei der Ausarbeitung und Formulierung einer Menschenrechtsstrategie.

### – Schutz der Rechte von Frauen und Kindern

Das Programm unterstützt die Regierung bei der Aufstellung einer Strategie zur durchgängigen Berücksichtigung der Gleichstellungsfrage und zur Stärkung der Teilhabe der Frauen am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben wie auch zur Stärkung ihrer Rolle bei den politischen Entscheidungsprozessen. Zur Bekämpfung von Diskriminierung und von geschlechtsbezogener Gewalt und als Beitrag zur Ausmerzung der Praktiken der Beschneidung von Frauen und Mädchen werden spezielle Aktionen geplant, einschließlich geeigneter Rechtsvorschriften und Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

### – Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft und Beteiligung der Zivilgesellschaft am Umweltschutz

Das Programm unterstützt die Regierung bei der weiteren Verbesserung des Rechts- und Verwaltungsrahmens für das Funktionieren der Zivilgesellschaft und beim Ausbau des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft, öffentlichen Behörden und ägyptischen NRO, um einen noch wirkungsvolleren Beitrag zum demokratischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozess zu leisten. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Stärkung der Rolle der am Umweltschutz beteiligten Organisationen der Zivilgesellschaft.

### – Unterstützung für Verbesserungen bei der Vereinigungsfreiheit und beim Recht auf freie Meinungsäußerung sowie beim Medienpluralismus

Das Programm unterstützt die ägyptischen Anstrengungen zur Förderung der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit und zur Verteidigung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Unabhängigkeit der Medien. Initiativen könnten eine Überprüfung des Rechts- und Verwaltungsrahmens umfassen, so auch im Informationssektor, plus Aufbau leistungsfähiger Strukturen und Erleichterung der Nutzung der Medien durch Gruppen der Zivilgesellschaft, die in der Sensibilisierung aktiv sind.

## *c) Erwartete Ergebnisse*

- Stärkerer Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen;

- Ausarbeitung und Formulierung einer Menschenrechtsstrategie;
- Durchführung des Rahmens für den Dialog mit der Zivilgesellschaft;
- besserer Rahmen für das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Tätigkeiten der Medien.

*d) Erfolgsindikatoren*

- Festigung der Strategie für den Schutz der Menschenrechte;
- höhere Kapazitäten der Organisationen der Zivilgesellschaft, um Beiträge zur politischen, sozialen, wirtschaftlichen und umweltrelevanten Debatte zu leisten;
- Stärkung der Stellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und ihrer Beteiligung am Entscheidungsprozess.

*e) Vorläufige Mittelausstattung (Richtbetrag)*

Eingeplant ist ein Finanzrahmen von insgesamt €17 Millionen.

3. Unterstützung für die Modernisierung der Justizverwaltung und Erhöhung der Sicherheit

*a) Begründung und Ziele*

Auf dem Gebiet der Justiz umfasst der ENP-Aktionsplan Maßnahmen zur Festigung der Unabhängigkeit und Effektivität der Justizverwaltung und der justiziellen Zusammenarbeit in Straf- und Zivilsachen. Der Aktionsplan zielt auch auf eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Ägypten und der EU bei der Steuerung der rechtmäßigen wie auch der unrechtmäßigen Migrationsströme ab. Was die Sicherheit anbelangt, so gibt der Aktionsplan der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Terrorismusbekämpfung, der organisierten Kriminalität und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen Priorität.

In den oben genannten Bereichen dient die Unterstützung der EU der Zusammenarbeit mit den ägyptischen Behörden, so insbesondere zur Unterstützung des Aufbaus von Institutionen und zur Anpassung des relevanten Rechts- und Ordnungsrahmens.

*b) Programmbeschreibung*

Die Hilfe im Rahmen dieses Programms zielt auf die Unterstützung der ägyptischen Anstrengungen zur Modernisierung der Justizverwaltung und zur Stärkung der Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden ab. Die Hilfe der EU wird auf die Unterstützung der ägyptischen Behörden ausgerichtet und soll die oben genannten Prioritäten des Aktionsplans in Angriff nehmen. Im Rahmen des Programms wird eine Reihe von Bereichen ausgewählt, die als kurzfristige Prioritäten für Ägypten gelten. Diese könnten folgende Bereiche umfassen: Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Geldwäsche und des Terrorismus sowie Steuerung der Migrationsströme. Die Unterstützung für die Gemeinwesen und die NRO, die für dieses Ziel und für die Verbesserung der Bedingungen in den Gefängnissen

und Haftanstalten gebunden wurde, ist auch im Rahmen dieses Programms zu berücksichtigen.

*c) Erwartete Ergebnisse*

- Bessere Leistungsfähigkeit und Effizienz in der Justizverwaltung;
- erhöhte Kapazitäten zur Steuerung der legalen Migration und zur Behandlung von illegalen Einwanderungsströmen und von Menschenhandel;
- Ausweitung der nationalen Anstrengungen zur Bekämpfung des illegalen Handels und des Schmuggels von Betäubungsmitteln und Drogenbeimengungen;
- Verbesserte Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzierung von Terrorismus.

*d) Erfolgsindikatoren*

- ausgebildetes Personal der Justizverwaltung mit erhöhter Leistungsfähigkeit;
- Bürger haben erhöhten Zugang zur Justiz;
- Abnahme der unerledigten Gerichtsverfahren;
- Dialog mit Ägypten über verschiedene migrationsbezogene Probleme geschaffen.

*e) Vorläufige Mittelausstattung (Richtbetrag):*

Eingeplant ist ein Finanzrahmen von insgesamt €10 Millionen.

**6.2. Priorität 2: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität der ägyptischen Wirtschaft**

Das Gesamtziel besteht in der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität des Privatsektors, und dies in einem unternehmensfreundlichen institutionellen und ordnungspolitischen Umfeld. Dies erhöht die Investitionen, die Produktion und den Handel; es hilft, das Wachstum anzukurbeln und gibt Anreize für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Ägypten. Insbesondere wird Unterstützung für eine „Anstrengung mit Verknüpfungsfähigkeit“ gewährt, die darauf abzielt, Ägypten an den globalen Markt anzudocken und dabei ordnungspolitische und administrative Sachzwänge zu bewältigen und wettbewerbsfähige Ausfuhrkapazitäten aufzubauen.

**1. Unterstützung für die Durchführung des Programms im Rahmen des Aktionsplans (SAPP)**

*a) Begründung und Ziele*

Derzeit werden zwei Programme zur Unterstützung der Durchführung des Assoziationsabkommens in Ägypten durchgeführt, die in einer Reihe von Gebieten ‚ad hoc‘ Unterstützung bereitstellen, so vor allem im Rahmen von Partnerschaftsmaßnahmen. Ihre Flexibilität und ihr nachfrageorientierter Charakter machen diese Programmart zu einem

strategischen Instrument, um die Reformen und die Durchführung des Assoziationsabkommens zu unterstützen und die Verwaltungskapazitäten der ägyptischen Institutionen zu stärken. Dieses Unterstützungsprogramm für die Durchführung des Aktionsplans zielt auf den Aufbau von leistungsfähigen Strukturen und auf die Stärkung der Einrichtungen ab, um die Durchführung der Reformen und Verpflichtungen zu erleichtern, die das Fundament der verschiedenen Kapitel des Aktionsplans bilden. Er konzentriert sich auf prioritäre Aktionsbereiche, die im Rahmen des regelmäßigen Dialogs zwischen Ägypten und der EG festgelegt werden müssen, so insbesondere in den verschiedenen Unterausschüssen und im Rahmen der Charta für Unternehmen Europa-Mittelmeer, und kann unter Umständen Initiativen für alle im Aktionsplan festgelegten Bereiche und Prioritäten umfassen.

#### *b) Programmbeschreibung*

Wie schon seine Vorgänger ist auch dieses Programm flexibel und nachfrageorientiert. So können Prioritäten vereinbart werden, um Hindernisse und Sachzwänge für die Durchführung der Reformen im Rahmen der verschiedenen Kapitel des Aktionsplans zu beheben. Je nach den festgelegten Bedürfnissen und dem Umfang der durchzuführenden Reformen erfolgt die Kanalisierung der Hilfe entweder hauptsächlich im Rahmen von technischer Hilfe und Partnerschafts- (Twinning-) Vereinbarungen oder im Rahmen von Budgethilfen. Unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Reform und hier nur informationshalber können folgende Aktionen ins Auge gefasst werden:

#### *Handelserleichterung und Zollreform*

Da sie auf der laufenden Unterstützung aufbaut, stellt die SAPP kontinuierlich Hilfe zur Modernisierung der Zollverwaltung und zur Vereinfachung der Zollvorschriften und Zollverfahren in Einklang mit den internationalen Normen und Regeln bereit. Die Unterstützung zielt darauf ab, die Ergebnisse der Modernisierungsbemühungen Ägyptens auf das gesamte Zollgebiet und auf alle Zollstellen in Ägypten auszudehnen. Dies betrifft hauptsächlich ägyptische Pilotprojekte zu Steuern mit Modellcharakter und zu Zollzentren sowie Verfahren mit einer einzigen Anlaufstelle („One-Stop-Shop“) in Häfen.

Die Hilfe bezieht sich auf spezifische Bereiche der Regelungs-, Verwaltungs-, und Durchsetzungstätigkeiten der ägyptischen Zollbehörden, wie z.B. auf Original, Fälschung und Zollwertermittlung.

#### *Modernisierung des Wirtschaftsrechts und der Rahmenbedingungen für Unternehmen*

In Einklang mit den Reformanstrengungen als Fundament des Aktionsplans und mit den auf den Gebieten der handelsbezogenen, marktorientierten und ordnungspolitischen Reform eingegangenen Verpflichtungen unterstützt eine flexible Förderfazilität die Anstrengungen zu folgenden Fragen: Modernisierung und Aktualisierung der Rechtsvorschriften, ordnungspolitische Durchsetzung und Angleichung, Aufbau leistungsfähiger Strukturen und Einrichtungen in Bereichen wie z.B. technische Rechtsvorschriften, Normen und Konformitätsbewertungen, Wettbewerb, Zugang zu Informationen aus der EU, Innovation, Rechte am geistigen Eigentum, Besteuerung und Verbraucherpolitik, Regelungskonvergenz bei Rechtsvorschriften für Dienstleistungen und Investitionen, Aufsicht über Finanzdienstleistungen und andere Bereiche in diesem Zusammenhang.

Einige der vorstehenden Reformbemühungen werden auf begleitende Liberalisierungs- oder Verhandlungsprozesse eingestellt, wie z.B. in den Bereichen Dienstleistungen und Niederlassung oder Aufwertung des Qualitätssicherungssystems. Die Bedeutung der Abstimmung und Beratung mit den sozioökonomischen Partnern über fachpolitische Entscheidungen und die Durchführung von Reformen wird von den ägyptischen Behörden anerkannt. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere Akteure der Zivilgesellschaft müssen daher bereit sein, sich voll und ganz an diesem Prozess zu beteiligen.

### *Förderung des Landwirtschaftssektors*

Die Landwirtschaft trägt fast 16% zum BIP und 15% zu den Ausfuhren bei und ist mit einem Anteil von 34% der Erwerbsbevölkerung ein Schlüsselsektor bezüglich der Beschäftigungslage. Die SAPP-Hilfe sollte sich daher auf den Ausbau der Organisations- und Produktionskapazitäten des Landwirtschaftssektors konzentrieren und dabei ein Auge auf dessen Ausfuhrpotenzial werfen. Erstens sollte die Hilfe die Entwicklung des ländlichen Raums und die Qualität der Agrarerzeugung fördern, so auch auf Sektorbasis. Dies umfasst auch Verbesserungen hinsichtlich der Verwaltungskapazitäten auf regionaler und lokaler Ebene und Initiativen zur Simulierung der Entwicklung und Diversifizierung der lokalen Behörden in ländlichen Gebieten. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Arbeitsverdienste, fachlichen Qualifikationen und Vermögenswerte des erheblichen Anteils der im Landwirtschaftssektor arbeitenden Frauen gelegt werden. Unterstützung wird auch gewährt zur Verbesserung der Qualität der Erzeugung (Rechtsrahmen und Aus- und Weiterbildungsprogramme), zur Erhaltung bestimmter Sektoren durch das partizipatorische Engagement der wichtigsten Interessenvertreter und zum Abpolstern der Korrekturen, die durch die zunehmende Liberalisierung des Agrarhandels in der Mittelmeerregion erforderlich sind.

Zweitens braucht das gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche System Ägyptens eine Sanierung und Modernisierung in Übereinstimmung mit den internationalen Praktiken. Eine flexible Bereitstellung von Hilfe für den Aufbau leistungsfähiger Strukturen und Einrichtungen und von technischer Hilfe könnte bei der Aktualisierung der Rechtsvorschriften, der Infrastrukturen und der Prüfeinrichtungen für die Landwirtschaft und für die Fischerei helfen, die Anforderungen der EU zu erfüllen. Dies trägt zur Modernisierung des ägyptischen SPS-Systems bei, also auch zum Wohle der ägyptischen Bürger, und in Übereinstimmung mit den internationalen Sicherheits- und Vermarktungsnormen. Diese Förderung könnte ganz spezifisch eine ständige Hilfe hinsichtlich der bakteriellen Braunfäule beinhalten. Darüber hinaus könnte eine stärker auf das Ziel ausgerichtete Hilfe besser auf den Aufbau der Kapazitäten für die Verfahren, die Akkreditierung von Prüflaboratorien und die Aktualisierung des rechtlichen und institutionellen Rahmens abzielen, so insbesondere zur Ausarbeitung einer Politik für Lebensmittelsicherheit in Einklang mit den international besten Verfahrensweisen. Und schließlich umfasst die Unterstützung der EU auch eine Aktion zur Beseitigung der Vogelgrippe.

### *Förderung der Sektoren Verkehr, Energie, Wissenschaft und Technologie*

Die Unterstützung für die Durchführung des Programms im Rahmen des Aktionsplans (SAPP) könnte auch eine Förderung im Verkehrssektor beinhalten (Umstrukturierung des



Bahnverkehrs, Sicherheit und Unbedenklichkeit auf See, Liberalisierung des Luftverkehrsmarktes und seine Sicherheit und Unbedenklichkeit, integrierter Sicherheitsaktionsplan und Straßenverkehr), ferner im Energiesektor (Ausarbeitung einer sektorbezogenen Strategie, Vorbereitung von Rechtsvorschriften und Aufbau von Verwaltungskapazitäten, einschließlich der Schaffung von Regelungsbehörden und von Regelungskonvergenz bei den Mittelmeerpartnern und der EU), ferner Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energiequellen, Schutz der Umwelt (Reform der Rechtsvorschriften, Aufbau von Verwaltungskapazitäten auf der zentralen Ebene und den lokalen Ebenen und Infrastrukturprojekte) und schließlich auf dem Gebiet der Informationsgesellschaft (Stärkung der Regelungsbehörden und Aufbau von leistungsfähigen Strukturen bei den öffentlichen Einrichtungen). Auf dem Wissenschafts- und Technologieabkommen zwischen Ägypten und der EU aufbauend, könnte die SAPP auch weiterhin eine Reihe von Aktivitäten zur Erleichterung der Einbeziehung der ägyptischen Forschungsgemeinschaft in den Europäischen Forschungsraum unterstützen.

#### *Unterstützung für die Modernisierung des statistischen Systems*

Das Regionalprogramm MEDSTAT hat die Notwendigkeit hervorgehoben, das Thema der Modernisierung des statistischen Systems im Rahmen eines substanzielleren bilateralen Programms weiter voranzubringen. Unabdingbar für eine Begleitung des im Aktionsplan ausgewiesenen Reformprozesses und für die Überwachung seiner Ergebnisse ist nämlich eine größere Zuverlässigkeit der Statistik in Ägypten und ihre Harmonisierung mit den europäischen und den internationalen Normen und Standards, wie z. B die Bereitstellung von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten.

Die Vorteile der Förderung der Modernisierung des statistischen Systems in Ägypten sind bereichsübergreifend und haben sowohl eine innere als auch eine äußere Dimension. Die Hilfe stellt auf die Stärkung sowohl des institutionellen als auch des qualitativen Rahmens sowie der statistischen Infrastrukturen und der Erleichterung der Datenerhebung und der Datenverbreitung ab.

#### *c) Erwartete Ergebnisse*

- Fortschritte bei der Durchführung der Prioritäten des Aktionsplans;
- höhere Leistungsfähigkeit der verschiedenen ägyptischen Institutionen zur Schaffung und Durchsetzung von rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Förderung der sozial-ökonomischen Entwicklung;
- Modernisierung und Angleichung des Recht- und des Ordnungsrahmens Ägyptens, vor allem im Rahmen des Transfers von Know-how der EU;
- Aufbau von ägyptischen Kapazitäten zur Aufstellung und Durchführung von Strategien und nationalen Politiken;
- weitere Handelsliberalisierung in der Landwirtschaft und Handelsliberalisierung bei den Dienstleistungen zwischen der EU und Ägypten;
- Modernisierung der gesundheitspolizeilichen und der pflanzenschutzrechtlichen Sektoren;
- weitere Harmonisierung des statistischen Systems von Ägypten mit den internationalen Normen und Standards.

#### *d) Erfolgsindikatoren*

- Rechtsvorschriften und Ordnungsrahmen, die in den Prioritäten des Aktionsplans vorgesehen sind oder mit diesen zusammenhängen, wurden verabschiedet und werden in einer Vielzahl von Sektoren bereit angewendet;
- die Verwaltungsinstitutionen und die Einrichtungen, die Rechtsvorschriften und Ordnungsrahmen durchführen und überwachen sollen, wurden gestärkt;
- größere Zuverlässigkeit des statistischen Systems Ägyptens und Harmonisierung mit den internationalen Normen und Standards;
- Agrarhandel und Dienstleistungshandel zwischen der EU und Ägypten hat zugenommen;
- Lebensmittelsicherheit für die ägyptischen und europäischen Verbraucher hat zugenommen.

#### *e) Vorläufige Mittelausstattung (Richtbetrag)*

Für SAPP eingeplant ist ein Finanzrahmen von insgesamt €220 Millionen, davon als Indikation

- €70 Millionen für technische Hilfe und
- €150 Millionen für gezielte Unterstützung sektorielle Reformen.

### **6.3. Priorität 3: Sicherstellung der Nachhaltigkeit des Entwicklungsprozesses**

Investitionen in Menschen stellen eine andere wichtige Priorität dar, aufgrund derer zwei der Hauptsektoren, die die ägyptische Regierung für Reformen ausgesucht hat, Unterstützung erhalten, nämlich das Bildungs- und das Gesundheitswesen. Sie stellt die Kontinuität mit den bereits laufenden Programmen und die Nachhaltigkeit der Ergebnisse sicher. Ferner wird die Unterstützung für die nachhaltige Entwicklung Ägyptens auch für Schlüsselsektoren zur Verfügung gestellt, wie Verkehr, Energie und die Umwelt, und zwar im Rahmen von Zinszuschüssen für Infrastrukturinvestitionen von der Europäischen Investitionsbank.

#### 1. Unterstützung für die Bildungsreform

##### *a) Begründung und Ziele*

Nach den Wahlen von 2005 setzte die Regierung die Sozialreform an die Spitze ihrer politischen Agenda, um in Ägypten soziale Stabilität zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Die derzeitigen öffentlichen Ausgaben für Bildung belaufen sich auf fast 6% des BIP und auf fast 20% der gesamten öffentlichen Ausgaben, was die aus Steuermitteln finanzierten Ausgaben der öffentlichen Hand für soziale Versorgungsleistungen (einschließlich der Bildung) über den Durchschnittssatz für Länder einer ähnlichen Einkommenskategorie hebt. Zwar ist die Einschulungs- und auch die Alphabetisierungsquote gestiegen, doch ist die Quote der Schulabbrecher besorgniserregend hoch; die Qualität der Schulausbildung wird im Allgemeinen als niedrig und als nicht auf die moderne Wettbewerbsgesellschaft zugeschnitten empfunden. Weitere quantitative und auch qualitative Investitionen sind also von entscheidender Bedeutung, wenn das Ziel einer flächendeckenden Grundschulausbildung bis 2015 erreicht werden soll. Auch die Universitäten haben noch einigen Weg vor sich, um ihre Lehrpläne an den Bedarf des modernen Arbeitsmarktes

anzupassen. Die Anstrengungen der Regierung, die Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu verbessern, sollten aufrechterhalten und unterstützt werden. Dieses Programm sollte sich den Fällen derer widmen, die nicht vom formellen Bildungssystem erfasst werden, wie den Analphabeten und den Menschen, die im informellen Sektor arbeiten.

Ende 2006 wird das mit €100 Millionen ausgestattete Bildungsförderungsprogramm abgeschlossen. Das Bildungsministerium ist dabei, neue Reformpläne fertigzustellen.

#### *b) Programmbeschreibung*

Vorgesehen ist, das Reformprogramm der ägyptischen Regierung für die Grundschule, für die weiterführende oder höhere Schule und für die Hochschule zu unterstützen. Allerdings finden die Empfehlungen des Berichts über die Überprüfung der öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen Berücksichtigung, letztendlich mit dem Ziel, Bildung zugänglicher zu machen und ihre Qualität zu verbessern.

#### *c) Erwartete Ergebnisse und d) Erfolgsindikatoren*

- Stärkung der Verwaltungskapazitäten des Bildungsministeriums zwecks Durchführung des Reformplans;
- Qualitätsverbesserungen des Niveaus der Grundschule, der weiterführenden oder höheren Schule und der Hochschule;
- bessere Verknüpfungen zwischen der schulischen Bildung und den auf dem Arbeitsmarkt benötigten Qualifikationen;
- besserer Zugang zur Bildung und zum Arbeitsmarkt, insbesondere für Frauen und die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen;
- Reduzierung der Analphabetenrate
- Modernisierung der Vernetzung der ägyptischen Universitäten und bessere Bewirtschaftung.

Die weiteren erwarteten Ergebnisse und Erfolgsindikatoren sind nach der Evaluierung der im Rahmen des Bildungsförderungsprogramms (€100 Millionen) laufenden EG-Projekte anzufügen.

#### *e) Vorläufige Mittelausstattung (Richtbetrag)*

Eingeplant ist ein Finanzrahmen von insgesamt €120 Millionen.

## 2. Öffentliches Gesundheitswesen

#### *a) Begründung und Ziele*

Seit 1998 hat die EG Unterstützungsleistungen in Höhe von insgesamt €10 Millionen für das Reformprogramm der Regierung für das öffentliche Gesundheitswesen (HSRP) bereitgestellt. Dieses Gesundheitsreformprogramm (HSRP) wurde in fünf der insgesamt 27 Governorate Ägyptens als Pilotsektorreform auf der Grundlage des

Familiengesundheitsmodells (FHM) durchgeführt und aus dem Familiengesundheitsfonds (FHF) finanziert. Das Projekt läuft im Dezember 2006 aus.

In Übereinstimmung mit dem NRP für 2005-2006 und gemäß den Prioritäten und dem Sektorreformplan des Gesundheitsministeriums bereitet die EG derzeit Budgethilfen in Höhe von insgesamt €88 Millionen vor und baut dabei auf dem HSRP auf.

#### *b) Programmbeschreibung*

Die 2006 mit der Regierung zu vereinbarende Budgethilfe in Höhe von €80 Millionen soll in den kommenden drei Jahren begleitend mit den Sektorreformen des Ministeriums einhergehen. Die EG-Hilfe könnte jedoch fortgesetzt werden, da Gesundheitsreformen immer mit Mitteln aus einem langfristigen Programm durchgeführt werden. Angenommen die Regierung setzt ihr Engagement auf dem derzeitigen Niveau fort, so wird die EU-Hilfe für den Gesundheitssektor, die auf den Grundsätzen der humanen Fairness und Gerechtigkeit sowie der sozialen Stabilität beruht, fortgesetzt. Zusätzlich könnte die EU-Hilfe noch die Bekämpfung von übertragbaren und nichtübertragbaren Krankheiten einbeziehen, insbesondere im Rahmen der Erleichterung der Durchführung von völkerrechtlichen Verträgen auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit.

#### *c) Erwartete Ergebnisse und d) Erfolgsindikatoren*

Das Ziel besteht letztendlich darin, von einem pluralistisch segmentierten System auf ein gut verwaltetes Gesundheitsversorgungssystem überzugehen, das zumindest eine allumfassende Abdeckung der Bevölkerung sicherstellt und auf den Grundsätzen der Fairness und Gerechtigkeit, Effizienz, Qualität, Verfügbarkeit, Nachhaltigkeit und Kundenzufriedenheit funktioniert und es allen Teilen der Bevölkerung ermöglicht, aufgrund des Bedarfs und nicht der Zahlungsfähigkeit Zugang zur Gesundheitsversorgung zu haben.

Die erwarteten Ergebnisse und die Erfolgsindikatoren sind nach der Evaluierung der im Rahmen des Gesundheitssektorreformprogramms (€10 Millionen) laufenden EG-Projekte und der Maßnahme der Budgethilfe (€88 Millionen) anzufügen.

#### *e) Vorläufige Mittelausstattung (Richtbetrag)*

Eingeplant ist ein Finanzrahmen von insgesamt €120 Millionen.

### 3. Unterstützung für Investitionen in die Sektoren Verkehr, Energie und Umwelt

#### *a) Begründung und Ziele*

Die Investitionen in die drei Schlüsselsektoren Verkehr, Energie und Umwelt wurden von der ägyptischen Regierung herausgegriffen und als hohe Priorität eingestuft. Ebenso wird die EIB für den Zeitraum über 2007 hinaus ihre Beiträge auf diese drei Themenbereiche und auf die Entwicklung des Privatsektors (KMU) konzentrieren. Als Hebelwirkung für

Investitionen in diese drei Bereiche unterstützt das NRP zinsbegünstigte Darlehen von der EIB und anderen qualifizierten Finanzinstitutionen. Die Kombination des großen Darlehensvolumens, das auf diese Weise eingeworben werden konnte, mit der in das NRP einbezogenen Unterstützung für die sektorspezifischen Reformen, bietet eine umfassende Paketlösung für die Unterstützung von Investitionen in Infrastrukturen und in die nachhaltige Entwicklung der verschiedenen Sektoren der ägyptischen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Prioritäten wurden auf der Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz von Marrakech im Hinblick auf die Verkehrsinfrastrukturen und die Zusammenschaltung mit den transeuropäischen und den regionalen Verkehrsnetzen festgelegt.

#### *b) Programmbeschreibung*

Die Unterstützung der EU erscheint im Rahmen dieses Programms in der Gestalt von Zinszuschüssen. Die Beträge und die Finanzierungsverfahren beruhen auf einer detaillierten vorherigen Bewertung jedes einzelnen Projekts, das im Einklang mit den Verfahren der EIB und anderer qualifizierter Finanzinstitutionen, die betroffen sind, durchgeführt wird. In Übereinstimmung mit den Prioritäten Ägyptens, und vorbehaltlich einer Einigung mit der EIB und anderen betroffenen Finanzinstitutionen, könnten die Projekte die Umstrukturierung der Eisenbahnen und die Entwicklung erneuerbarer Energie umfassen.

#### *c) Erwartete Ergebnisse*

- Höhere Standards und Leistungsfähigkeit des Verkehrssektors sowie verbesserte Infrastrukturen;
- bessere Integration und Zusammenschaltung mit den TEN und den regionalen Verkehrsnetzen im Raum Europa-Mittelmeer.
- höherer Beitrag der erneuerbaren Energiequellen am Energie-Mix und verbesserte Energieeffizienz bei der Erzeugung und der Nutzung;
- bessere Integration und Zusammenschaltung mit dem regionalen Energiemarkt
- bessere Umweltnormen und -standards, insbesondere für die Wasser- und die Luftqualität, und für die Abwasserbehandlung.

#### *d) Erfolgsindikatoren*

- weniger Unfälle und Verkehrstote;
- Verlagerung von überfüllten Verkehrsmitteln auf umweltfreundlichere Verkehrsträger;
- höhere Effizienz bei der Erbringung von Transportleistungen für die Fahrgäste bzw. die Fracht;
- höherer Anteil an erneuerbaren Energien im Energie-Mix;

#### *e) Vorläufige Mittelausstattung (Richtbetrag)*

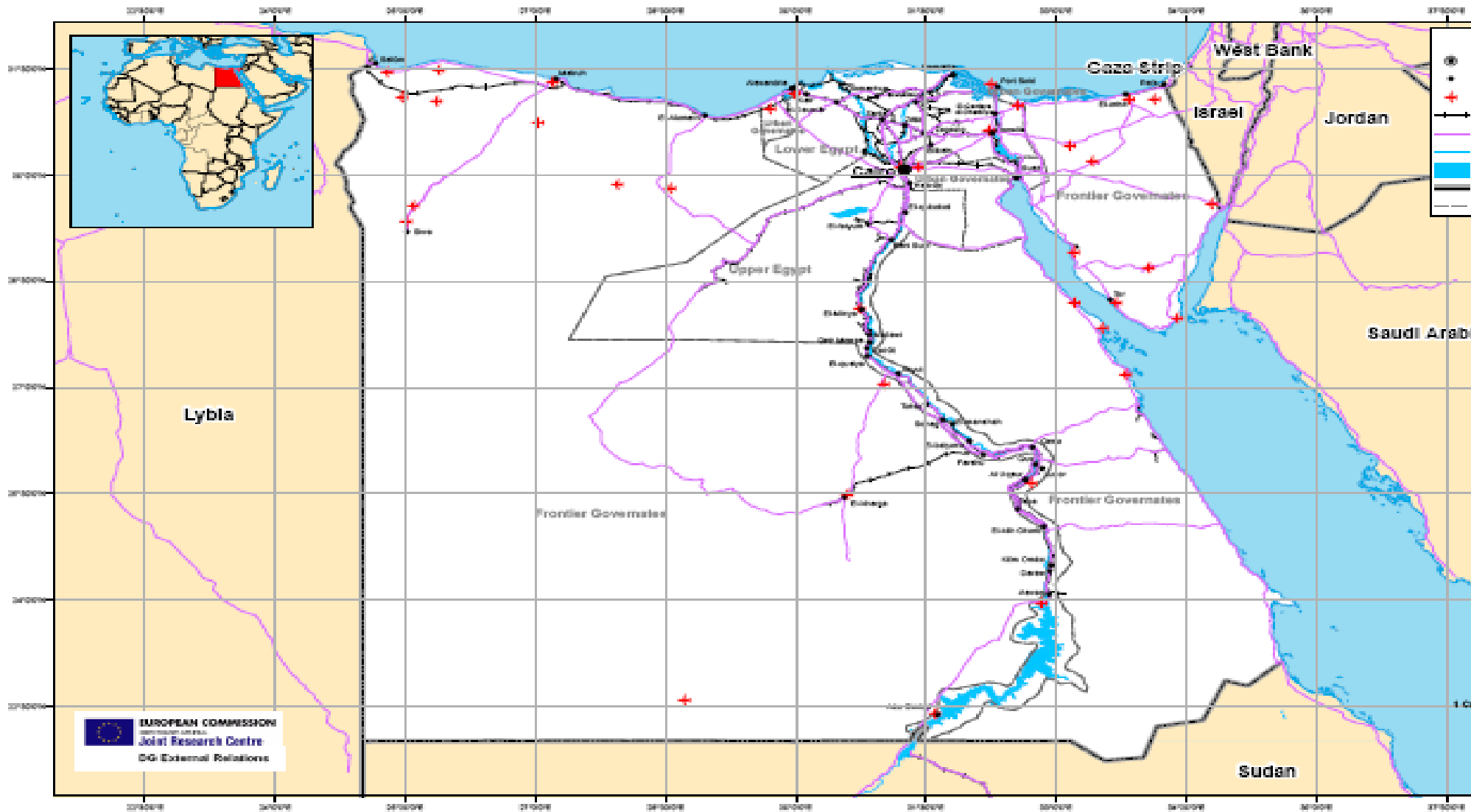
Der vorläufige Finanzrahmen beläuft sich für dieses Programme auf €8 Millionen in Form von Zinszuschüssen. Damit können Darlehen in Höhe von etwa €250 bis €300 Millionen eingeworben werden.

### 6.5. Haushalt und Zeitplan des Programms (in Millionen €)

Prioritäten*	2007	2008	2009	2010	Gesamt NRP	% des Haushalts
<b><i>Unterstützung der Reformen Ägyptens in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Justiz</i></b>					<b>40</b>	<b>7%</b>
Unterstützung für die politische Entwicklung, Dezentralisierung und Förderung der verantwortungsvollen Staatsführung		13			13	
Förderung des Schutzes der Menschenrechte		17			17	
Unterstützung für die Modernisierung der Justizverwaltung				10	10	
<b><i>Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität der Wirtschaft Ägyptens</i></b>					<b>220</b>	<b>40%</b>
Unterstützung für die Durchführung des Programms im Rahmen des Aktionsplans (SAPP), einschließlich - Handelserleichterungen und Zollreform - Wirtschaftsgesetzgebung und Rahmenbedingungen für Unternehmen - Landwirtschaft und SPS - Verkehr, Energie, Wissenschaft und Technologie - Modernisierung des statistischen Systems Davon sind Technische Hilfe (TA) 17 Gezielte Unterstützung für sektorielle Reformene 80						
	17	80	20	33	70	
				70	150	
<b><i>Sicherstellung der Nachhaltigkeit des Entwicklungsprozesses mit besserem Personalmanagement und besserer Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen</i></b>					<b>298</b>	<b>53%</b>
Unterstützung für die Bildungsreform	120				120	
Unterstützung für die Reform des öffentlichen Gesundheitswesens			120		120	
Unterstützung für die Investitionen in die Sektoren Verkehr, Energie und Umwelt (Zinszuschüsse)		29		29	58	
<b>Gesamt</b>	<b>137</b>	<b>139</b>	<b>140</b>	<b>142</b>	<b>558</b>	<b>100%</b>
<b>Potenzielles Volumen der Darlehen mit Zinszuschüssen: €250 bis €300 Millionen.</b>						

\* Die Reihenfolge der Prioritäten entspricht der Reihenfolge im ENP-Aktionsplan Europa-Ägypten.

# ANHANG 1: POLITISCHE KARTE VON ÄGYPTEN




**EUROPEAN COMMISSION**  
 Joint Research Centre  
 DG External Relations

Map ID: 1014  
 Production Date: 5 October 2005

Source data: GMAPD (Global digital dataset)  
 from NIMA (United States National Imagery and Mapping Agency)  
 except populated places from Global Discovery and country borders  
 from CIA/JL, 2005.

Disclaimer: This map does not reflect the official opinion  
 of the European Commission. Neither the  
 Commission nor any person in charge is liable for  
 any loss or damage caused by the use of the information  
 contained in this map.

## ANHANG 2: WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIAL INDIKATOREN FÜR ÄGYPTEN

Table 1. Egypt: Selected Macroeconomic Indicators, 2001/02–2006/07 1/

Population (2005): 70.5 million; Per capita GDP (2005): \$1,320

	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	Projections	
					2005/06	2006/07
(annual percentage change, unless otherwise indicated)						
National accounts						
Nominal GDP at market prices (in LE billions)	378.9	417.5	485.3	536.6	595.2	665.1
Nominal GDP (in US\$ billions)	87.5	81.4	78.8	89.5	103.5	111.8
Real GDP	3.2	3.1	4.1	4.9	5.6	5.6
CPI inflation (average)	2.4	3.2	10.3	11.4	4.1	5.5
CPI inflation (end-of-period)	2.7	4.0	16.6	4.7	5.0	6.0
Unemployment rate (percent) 6/	9.4	10.5	11.1	10.5	11.7	...
Poverty headcount index (percent of population)	18.4	...	...	19.6	...	...
Oil and gas sector						
Total oil and gas exports (in US\$ billions)	2.4	3.2	3.9	5.3	9.8	11.0
Average Egyptian oil export price (in US\$/barrel)	20.1	25.6	27.5	39.1	54.5	63.0
Crude oil production (in millions of barrels/day)	0.70	0.70	0.68	0.64	0.62	0.61
Investment and savings						
	(in percent of GDP at market prices)					
Investment	18.0	16.9	16.9	18.0	18.1	19.3
Gross national savings	18.7	19.3	21.3	21.3	20.1	20.5
Savings/investment balance	0.7	2.4	4.3	3.3	2.0	1.2
General government operations						
Revenue and grants 2/ 3/	25.4	26.2	25.6	24.8	31.7	30.7
Expenditures 2/ 3/	32.5	32.2	31.6	31.8	38.8	36.7
Net Acquisition of Financial Assets 2/	2.1	3.0	2.2	2.0	1.1	2.0
Balance 2/ 4/	-9.2	-9.0	-8.3	-9.1	-8.3	-8.1
Identified financing	7.0	8.2	6.4	8.5	...	...
Statistical discrepancy	2.2	0.8	1.8	0.6	...	...
Net public debt	62.1	66.6	64.8	68.2	69.8	70.5
Monetary sector						
	(annual percentage change, unless otherwise indicated)					
Broad money (M2)	15.6	16.9	13.2	13.6	13.8	14.7
Net foreign assets (contribution to M2 growth)	-0.4	2.5	5.1	8.2	11.6	5.7
Net domestic assets (contribution to M2 growth)	16.0	14.4	8.0	5.3	2.2	8.9
Domestic currency component (M2D)	13.0	10.6	11.5	19.9	15.3	...
Velocity of broad money	1.15	1.09	1.12	1.09	1.06	...
Credit to private sector	11.0	7.3	4.1	3.8	6.8	7.7
Treasury bills (91-day rate, period average) 5/	7.8	8.3	8.4	10.2	8.8	...
Stock market index (Local currency, end of period) 5/	57.2	82.2	135.7	449.7	572.7	...
External sector						
	(in billions of U.S. dollars, unless otherwise indicated)					
Exports of goods and nonfactor services	15.8	18.0	22.9	28.0	32.9	36.2
Of which: non-oil goods	4.7	5.0	6.5	8.5	8.7	9.7
Imports of goods and nonfactor services	19.5	19.6	23.3	30.2	37.0	40.9
Current account balance	0.6	1.9	3.4	2.9	2.1	1.4
In percent of GDP	0.7	2.4	4.3	3.3	2.0	1.2
Capital account balance	2.5	0.8	-1.7	2.1	1.7	1.8
Overall Balance	-0.5	0.5	-0.2	4.5	3.8	3.2
External debt	28.7	29.4	29.9	28.9	31.3	29.5
In percent of GDP	32.8	36.1	37.9	32.4	30.3	26.4
External debt service (as a percent of exports of GNFS)	13.2	12.4	10.9	9.7	8.6	11.0
Gross official reserves	14.1	14.8	14.8	19.3	23.1	26.3
In months of imports (of GNFS)	8.7	9.1	7.6	7.7	7.5	7.7
Memorandum items:						
Nominal effective exchange rate (1991=100, period average)	120.6	96.1	71.4	70.2	...	...
Real effective exchange rate (1991=100, period average)	153.1	122.2	95.8	99.8	...	...
Exchange rate (LE/US\$; average) 5/	4.33	5.13	6.16	6.00	5.75	...

Sources: Egyptian authorities; and IMF staff estimates and projections.

1/ Fiscal year ends June 30.

2/ Authorities' estimates based on revised source data and new budget classification. New series are not comparable to those in last staff report (Country Report No. 05/177).

3/ There is a series break in 2005/06, when notional recording of fuel subsidies was made explicit in budget expenditures. The counterpart is a larger notional payment by the oil company (EGPC) by an equivalent amount (see footnote 3 of Table 3).

4/ As calculated by the MOF, but adjusted by: (i) including the repayment of past arrears as a capital spending

item (purchase of nonfinancial assets), and (ii) eliminating the creation of arrears from the financing side, as well as from capital spending.

5/ For 2005/06, averages refer to July 05–May 06 period; for stock market, index as of April 2006.

6/ For 2005/06, unemployment rate as of December 2005.



## Ägypten, Arabische Republik, Landesprofil, Quelle: Weltbank

	1990	1995	2001	2002	2003
<b>1 Ausmerzung von absoluter Armut und Hunger</b>	<i>2015Ziel = halb 1990 \$1pro Tag Armuts- und Unterernährungsquote</i>				
Bevölkerung unter \$1 pro Tag (%)	4.0	2.6	..	..	..
Armut Abstand bei \$1 pro Tag (%)	0.5	0.5	..	..	..
Prozentsatz d. Einkommens od. Verbrauch der Ärmsten 20%	..	..	..	..	..
Häufigkeit d. Unterernährung Kind (% d. Kinder unter 5 Jahren)	10.4	16.8	..	..	8.6
Bevölkerung unter Mindestkalorienangebot (%)	..	..	..	3.0	..
<b>2 Erreichen der allgemeinen Grundschulausbildung</b>	<i>2015Ziel = Netto-Einschulungsquote zu 100</i>				
Netto-Einschulungsquote Grundschule (% der relev. Altersgruppe)	83.7	..	90.3	91.4	..
Prozentsatz der Gruppe, die Grad 5 erreicht (%)	..	..	98.0	..	..
Alphabetisierungsquote der Jugend (% im Alter 15-24)	..	..	..	..	..
<b>3 Förderung der Gleichheit der Geschlechter</b>	<i>2005Ziel =Bildungsverhältnis zu 100</i>				
Verhältnis Mädchen/Jungen in Grundschule/höherer Schule (%)	81.3	..	93.4	94.2	..
Verhältnis alphabetisierte Mädchen/Jungen (% im Alter 15-24)	..	..	..	..	..
Anteil der Frauen, in nicht landwirtschaftl. Sektor beschäftigt (%)	20.5	18.9	20.7	22.4	21.6
Prozentsatz d. weibl. Abgeordneten im nationalen Parlament (%)	4.0	..	..	2.0	2.0
<b>4 Senkung der Kindersterblichkeitsziffer</b>	<i>2015Ziel = Verringern 1990 unter 5 Sterblichkeit um zwei Drittel</i>				
Unter 5: Sterblichkeitsziffer (pro 1,000)	104.0	71.0	..	..	39.0
Säuglingssterblichkeitsziffer (pro 1,000 Lebendgeburten)	76.0	56.0	..	..	33.0
Immunisierung gegen Masern (% der Kinder unter 12 Monaten)	86.0	89.0	97.0	97.0	98.0
<b>5 Verbesserung der Müttergesundheit</b>	<i>2015 Ziel =Verringern 1990 Müttersterblichkeit um drei Viertel</i>				
Müttersterblichkeitsziffer (Mod.Schätzung pro 100,000 Lebendgeb.)	..	..	..	..	..
Von med. Fachpersonal betreute Entbindung (% der Ges.zahl)	..	46.3	..	..	69.0
<b>6 Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria u.a. Krankh.</b>	<i>2015Ziel = anhalten und beginnen umzukehren AIDS, usw.</i>				
Häufigkeit HIV, bei Frauen (% Alter 15-24)	..	..	..	..	..
Empfängnisverhütungs-Prävalenzrate (% d. Frauen im Alter 15-49)	..	47.9	..	..	60.0
Anzahl der aufgrund von HIV/AIDS verwaisten Kinder	..	..	..	..	..
Neuerkrankung an Tuberkulose (pro 100,000 Menschen)	41.8	35.9	29.9	29.0	28.1
Tuberkulosefälle, die anhand von DOTS erkannt wurden (%)	..	43.5	48.6	53.2	56.2
<b>7 Sicherstellung der umweltrelev. Nachhaltigkeit</b>	<i>2015 Ziel = verschiedene (siehe Anmerkungen)</i>				
Waldgebiete (% der Landfläche insgesamt)	0.1	..	..	..	..
Staatlich geschützte Gebiete (% der Landfläche insgesamt)	..	..	..	..	9.7
BIP pro Energieverbrauchereinheit (PPP \$ pro kg Öl-Äquivalent)	3.9	4.6	4.8	4.8	..
CO2-Ausstoß (metrische Tonne pro Kopf)	1.4	1.6	..	..	..
Zugang zu einer verbesserten Wasserstelle (% der Bevölkerung)	94.0	..	..	98.0	..
Zugang zu einer verbesserten Abwasserentsorgung (% d. Bev.)	54.0	..	..	68.0	..
Zugang zu einem sicheren Besitz (% der Bevölkerung)	..	..	..	..	..
<b>8 Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft</b>	<i>2015 Ziel = verschiedene (siehe Anmerkungen)</i>				
Quote der Jugendarbeitslosigkeit (% ges. Erwerbsbev.imAlter 15-24)	..	..	..	..	..
Festnetz- und Mobiltelefone (pro 1.000 Menschen)	30.2	46.8	146.9	177.2	211.7
Personalcomputer (pro 1,000 Menschen)	..	4.3	15.5	16.6	21.9
<b>Allgemeine Indikatoren</b>					
Bevölkerung	52.4 Millionen		58.2 Millionen		65.2 Millionen 66.4 Millionen 67.6 Millionen
Bruttonationaleinkommen (BNE) (\$) Milliarden	42.5 Milliarden		57.6 Milliarden		100.0 Milliarden 97.8 Milliarden 93.9
BNE pro Kopf (\$)	810.0	990.0	1,530.0	1,470.0	1,390.0
Erwachsenenalphabetisierungsquote (% der 15-Jährigen und älter)	..	..	..	..	..
Bruttoreproduktionsrate (Geburten pro Frau)	4.0	..	..	3.2	3.1
Lebenserwartung bei der Geburt (Jahr)	62.8	..	..	68.9	69.1
Hilfe (% des BNE)	12.9	3.3	1.3	1.4	1.1
Auslandsverschuldung (% des BNE)	78.6	55.6	29.5	33.4	38.2
Investitionen (% des BIP)	28.8	17.2	16.9	16.9	17.1
Handel (% des BIP)	52.8	50.0	39.5	38.8	45.3

**Quelle: Datenbank Weltentwicklungsindikatoren, April 2004**

**Hinweis:** In einigen Fällen betreffen die Daten früherer oder späterer Jahre als die angegebenen.

**Ziel 1, Zielvorgaben:** Im Zeitraum von 1990 bis 2015 ist die Gruppe der Menschen, die weniger als einen Dollar am Tag als Einkommen haben, in ihrer Anzahl zu halbieren. Im Zeitraum von 1990 bis 2015 ist die Gruppe der Menschen, die an Hunger leiden, in ihrer Anzahl zu halbieren.

**Ziel 2, Zielvorgabe:** Bis 2015 ist sicherzustellen, dass Kinder überall, Mädchen ebenso wie Jungen, die Möglichkeit haben, einen vollwertigen Bildungsgang Grundschulausbildung abzuschließen.

**Ziel 3, Zielvorgabe:** Die aufgrund der Geschlechterdifferenzierung vorhandene Ungleichheit ist in der Grundschulausbildung und in der weiterführenden Ausbildung an höheren Schulen vorzugsweise schon bis 2005 und in allen übrigen gestuften Ausbildungsgängen bis spätestens 2015 zu beseitigen.

**Ziel 4, Zielvorgabe:** Im Zeitraum von 1990 bis 2015 ist die Sterblichkeitsziffer der Kinder unter fünf Jahren um zwei Drittel zu verringern.

**Ziel 5, Zielvorgabe:** Im Zeitraum von 1990 bis 2015 ist die Müttersterblichkeitsziffer um drei Viertel zu verringern.

**Ziel 6, Zielvorgaben:** Bis 2015 ist die Ausbreitung von HIV/AIDS zum Stehen zu bringen und die rückläufige Entwicklung bereits eingeleitet. Bis 2015 ist die Neuerkrankungsrate von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stehen zu bringen und die rückläufige Entwicklung bereits eingeleitet.

**Ziel 7, Zielvorgaben:** Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung sind in die Länderpolitiken und -programme einzubeziehen und der bisherige Verlust Umweltressourcen in sein Gegenteil zu verkehren. Bis 2015 ist die Gruppe der Menschen ohne nachhaltigen Zugang zu unbedenklichem Trinkwasser in ihrer Anzahl zu halbieren. Bis 2020 hat sich eine erhebliche Verbesserung in den Leben von wenigstens 100 Millionen Slumbewohnern bereits eingestellt.

**Ziel 8, Zielvorgaben:** Noch weiterzuentwickeln ist ein offenes, auf Regeln gestütztes, berechenbares, nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem. besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder sind in Angriff zu nehmen. Den speziellen Bedürfnissen von Binnenländern und von kleinen Inselstaaten mit weiterem Entwicklungsbedarf ist Rechnung zu tragen. Die Schuldenprobleme von Entwicklungsländern sind im Rahmen von nationalen und

internationalen Maßnahmen so umfassend zu behandeln, dass diese Verschuldung langfristig vertretbar und tragbar ist. In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern sind Strategien für menschenwürdige und produktive Arbeiten für junge Menschen zu entwickeln und durchzuführen. In Zusammenarbeit mit den pharmazeutischen Unternehmen ist in den Entwicklungsländern Zugang zu unverzichtbaren und erschwinglichen Arzneimitteln zu gewähren. In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor sind die Vorteile und Nutzen der neuen Technologien, vor allem in den Sektoren Information und Kommunikation, den Menschen zugänglich zu machen.

## ANHANG 3: UMWELTPROFIL ÄGYPTENS

### 1 Umweltsituation

Als wichtigste Umweltsituationen sind für Ägypten zu nennen: Luft- und Wasserqualität, die Abfallwirtschaft, Küstenverschmutzung, Naturschutz und Wüstenbildung.

**Luftqualität:** Sie verschlechtert sich in Ägypten, so vor allem in Kairo und Alexandria, wo über 80% der Industrietätigkeiten stattfinden. Zu den Hauptgründen zählen energieineffiziente Produktionstechniken, Schmelzwerke und Festabfalldeponien, mobile Verursacher auf überfüllten Straßen und natürliche Umweltgefährdungen, wie z.B. Staub und jahreszeitlich bedingte Sandstürme.

**Wasserqualität:** Die Knappheit an Süßwasserressourcen, hauptsächlich der vom Nil, hat sich mit dem Bevölkerungswachstum und der expandierenden Wirtschaft noch verschlimmert (der Nil liefert 90% des in Ägypten verfügbaren Wassers). Der Mangel an ordnungsgemäßen Abwasserentsorgungssystemen, vor allem in ländlichen Gegenden, verlangt Aufmerksamkeit.

**Abfallwirtschaft:** Die angehäuften gefährlichen und ungefährlichen städtischen, landwirtschaftlichen, baulichen/abbruchbedingten und industriellen Abfälle, plus die Rückstände vom Ausbaggern von Binnengewässern und zudem noch die ineffiziente Abfallvermeidung, -sammlung, -abholung, -verbringung, -behandlung, -aufbereitung, -verwertung und schließlich -lagerung sind höchst besorgniserregend. Eine große Menge an Abfällen landet nämlich in wilden Müllkippen oder Ablagerungen. Die Kompostierung ist in diesem Land eine wichtige Methode der Abfallbehandlung.

**Naturschutz:** Ägypten hat viele seltene Tier- und Pflanzenarten und einzigartige natürliche Lebensräume und Küsten- und Meeresressourcen. Das Land leidet jedoch am Verlust von biologischer Vielfalt, weil das öffentliche Bewusstsein dazu nur schwach ausgeprägt ist und auch entsprechende Ressourcen fehlen.

**Meeresumwelt und Küstengebiete:** Vonseiten der industriellen, städtischen und touristischen Entwicklung, aber auch vonseiten der Landwirtschaft sind sie großem Druck ausgesetzt. Diese verursachen nämlich Erosionen an der Küstenlinie und Überflutungen, Wasserverschmutzung und Beschädigungen an den natürlichen Ressourcen und Lebensräumen. Die Ölverschmutzungen im Golf von Suez und im Roten Meer sind höchst besorgniserregend. Die Tourismusentwicklung entlang der Küstenlinie des Roten Meers erfordert über alle Maßen viel Raum.

**Bodennutzung:** Die landwirtschaftlichen Nutzflächen sind rar und erfüllen nicht die Anforderungen, um den Bedarf dieser wachsenden Bevölkerung zu decken. Die Siedlungen der Menschen weisen große regionale Abweichungen und eine Art städtische Vorrangstellung auf, zusammen mit der Ausbreitung von informellen Gebieten im Stadttinnern und an den Stadträndern. Die Wüstenbildung – die Abtragung von Eroberfläche bei bewässerten oder dem Regenwasser ausgesetzten landwirtschaftlichen Nutzflächen – nimmt als Auswirkung der inhärenten Zerbrechlichkeit des Ökosystems zu.

**Industriebedingte Verschmutzung:** Die wichtigsten Industriezweige in Ägypten sind Textilien, Holz, Chemikalien, Baumaterialien, metallische Industrie und Nahrungsmittel. Industrieemissionen beeinträchtigen die Luft- und die Wasserqualität, und veraltete Technologien und Produktionsverfahren führen zu einer ineffizienten Nutzung der natürlichen Ressourcen.

**Grenzübergreifende Umweltangelegenheiten:** Zu den Problemen, die Ägypten beeinträchtigen, zählen die Verunreinigungen des Mittelmeers und des Roten Meers wie auch die Wasserknappheit des Nils. Ägypten trägt auch in hohem Maße zur grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle bei.

**Globale Umweltangelegenheiten:** Ägypten dürfte von den Folgen des Klimawandels ernsthaft betroffen sein. Dieses Land hat das Kyoto-Protokoll zum Rahmenübereinkommen der UN über Klimaveränderungen im Januar 2005 ratifiziert und muss daher dessen einschlägige Bestimmungen umsetzen und gegebenenfalls auch konkrete Politiken und Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen durchführen, so insbesondere im Energiesektor und in der Schwerindustrie. 2005 wurde die für die sauberen Entwicklungsmechanismen (CDM) vorgesehene nationale Behörde) eingesetzt. Es ist aber nicht klar, ob eine nationale CDM-Strategie für Ägypten verabschiedet wurde.

## 2 Umweltpolitik

Der erste Nationale Umweltaktionsplan (NEAP) wurde 1992 mit dem Ziel ausgearbeitet, die Anreize für die Umweltpflege zu verbessern. Für verschiedene Umweltbereiche wurde auch eine Reihe von Maßnahmen und die Stärkung des Aufbaus der Umweltverwaltung ins Auge gefasst.

1998 veröffentlichte der Umweltminister einen Sieben-Punkte-Rahmen zur Umsetzung der Umweltpolitik: Förderung von Partnerschaften und deren Koordinierung auf nationaler Ebene; Stärkung von Partnerschaften auf bilateraler, regionaler und globaler Ebene; Durchführung des Umweltschutzgesetzes von 1994; Verbesserung des Umweltschutzes; Stärkung der ägyptischen Umweltagentur (EEAA); Unterstützung der Umweltpflegesysteme; Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente.

1992 wurde der Nationale Umweltaktionsplan (NEAP) aktualisiert, um ab 2002 eine weitere Laufzeit von 15 Jahren (2002-2017) abzudecken und sich dabei auf folgende Bereiche zu konzentrieren: Wasserqualität, Luftqualität, Bewirtschaftung der Bodenressourcen, Wüstenbildung, Schutz der Meeresumwelt, Behandlung fester Abfälle, biologische Vielfalt und biologische Sicherheit. Dieser Aktionsplan umfasst 14 Teilprogramme zu spezifischen Angelegenheiten, von denen die Eindämmung der Verschmutzung, die Geringhaltung von Gesundheitsgefahren und die Verbesserung der Lebensqualität Ägyptens kurzfristige Umweltziele sind, während die Erhaltung der Grundlage der natürlichen Ressourcen, das nationale Erbe und die biologische Vielfalt als mittelfristige Ziele angesehen werden. Die Einbeziehung von umweltpolitischen Erwägungen in alle relevanten nationalen Politiken, Pläne und Programme gilt als gesamtstrategisches Ziel der ägyptischen Umweltpolitik.

Im Mai 2002 berief Präsident Mubarak ein interministerielles Treffen ein, bei dem über die nachhaltige Entwicklung und den Umweltschutz diskutiert werden sollte. Dies führte zu einem ganzen Maßnahmenbündel präsidialer Direktiven, so insbesondere zu den Bereichen

Süßwasser, Luftverschmutzung, Umweltverträglichkeitsprüfung und Aufbau der Umweltverwaltung im Land. Jedoch wurden bisher wenige Fortschritte gemacht, um diese Direktiven voranzubringen.

### 3 Umweltrecht und seine Durchführung

Das 1994 verabschiedete Gesetz zum Schutz der Umwelt dient als grundlegender rechtlicher Rahmen (Rechtsgrundlage) für den Umweltschutz. Es trat 1998 in Kraft und kombinierte die bereits vorhandenen Rechtsvorschriften und Sanktionsmöglichkeiten mit Bestimmungen über gefährliche Abfälle und Umweltpflege. Das Gesetz bietet dem Präsidenten auch die Möglichkeit, sektorbezogene und themenspezifische Dekrete zu erlassen. Ferner erweiterte es die Befugnisse der Umweltagentur und machte die Umweltverträglichkeitsprüfungen zu einer zwingend vorgeschriebenen Voraussetzung. Die Durchführungsvorschriften zum Umweltschutzgesetz wurden im November 2005 geändert..

In Bezug auf **horizontale Angelegenheiten** verlangen das Umweltschutzgesetz von 1994 und die einschlägigen Durchführungsbestimmungen eine Umweltverträglichkeitsprüfung (EIA), die für alle neuen Projekte und auch für bereits bestehende Projekte durchzuführen ist, wenn letztere überprüft oder geändert werden. Die Umweltverträglichkeitsprüfung (EIA) ist Bestandteil des Genehmigungsverfahrens durch die zuständige Behörde. Die Verwaltungskapazitäten dieser Behörden reichen aber nicht aus, um diese Umweltverträglichkeitsprüfung (EIA) ordnungsgemäß durchzuführen, so insbesondere für den schnell wachsenden Tourismussektor. Diese Umweltverträglichkeitsprüfungen umfassen auch keine regionalen oder sektorbezogenen umweltrelevanten Bewertungen (es gibt keine Rechtsvorschriften zu strategischen Umweltbewertungen). Eine Befragung oder Beratung und die Teilnahme der Öffentlichkeit an dem Vorbereitungs- und Überprüfungsverfahren von Umweltverträglichkeitsprüfungen (EIA) ist nicht zwingend vorgeschrieben, obwohl die verbesserten EIA-Verfahren. Die im November 2005 eingeführt wurden, ein öffentliches Konsultationsverfahren ausdrücklich vorsehen. Diese Regel gilt jedoch immer noch nicht für alle Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Ägypten wendet ein Programm zur Teilnahme von NRO und der Zivilgesellschaft an Umweltaktivitäten an. Das Umweltschutzgesetz von 1994 verlangt, dass NRO im Verwaltungsrat der ägyptischen Umweltagentur (EEAA) vertreten sind und sieht für NRO die Möglichkeit vor, selbst Klage erheben zu können, um bestimmte Umwelterfordernisse durchzusetzen. Über 270 NRO sind jetzt mehr und mehr an der Durchführung von Projekten, an der öffentlichen Diskussion und an der Sicherstellung beteiligt, dass die Umweltschutzvorschriften eingehalten werden. Jedoch gelingt es nur sehr wenigen NRO, Einfluss auf die Öffentlichkeit zu nehmen. Doch zeigen die Medien jetzt immer mehr Interesse an Umweltfragen.

Was das Berichtswesen anbelangt, so sind jetzt das Ägyptische Umweltinformationssystem (EEIS) und das Umweltinformations- und Überwachungsprogramm (EIMP) in Anwendung. Das EEIS erstellt Umweltzustandsberichte auf der Grundlage von Echtzeitdaten über die Luft- und Wasserqualität, die von EIMP erzeugt sind. Der erste Umweltzustandsbericht wurde 2005 veröffentlicht.

Auf dem Gebiet der **Luftqualität** finden sich die wichtigsten Rechtsvorschriften im Umweltschutzgesetz von 1994 und seinen Durchführungsbestimmungen. Auch gibt es ein

Gesetz über die grenzübergreifende weiträumige Luftverschmutzung, das 1973 verabschiedet wurde. Die Luftgütenormen stimmen weitgehend mit den Leitlinien der WHO überein. Jedoch bieten die Dekrete über die Emissionsgrenzwerte für ortsfeste Emissionsquellen keine wesentliche Verbesserung, und die Normen für Fahrzeugemissionen werden nicht durchgesetzt. Rückstände aus der Landwirtschaft gelten nicht als feste Abfälle, und ein Verbrennen dieser Rückstände bleibt daher unreguliert. Nach Auffassung zahlreicher Beobachter ließen sich Verbesserungen für die Luftqualität erreichen, wenn man in der Industrie größeren Gebrauch von Erdgas machte.

Was die **Wasserqualität** anbelangt, so wurden diesbezüglich zahlreiche Gesetze, Präsidial- und Ministerialdekrete erlassen. Die wichtigsten sind das Gesetz zum Schutz des Nils von 1982, das Gesetz über Be- und Entwässerung von 1984 und das Gesetz zum Schutz der Umwelt von 1994. Im Jahr 2001 arbeitete das Ministerium für Wasserressourcen und Bewässerung den nationalen Plan zum Schutz der Wasserressourcen vor Verunreinigung (2001-2012) aus. Diese Gesetzesvorlage bringt jedoch nach allem Anschein nicht genügend Klarheit in institutionellen Fragen. Noch weitere Aufmerksamkeit verdienen auch die Verhütung der Wasserverschmutzung und nichtkonventionelle Abwasserentsorgung/Abwasserbehandlung. Das Ministerium für Wasserressourcen und Bewässerung (MWRI) führt Inspektionsreisen zu großen Industriebetrieben durch, die für die größten Mengen von unbehandeltem Industriemüll im Nil verantwortlich sind. Zwar ergreifen einige Wirtschaftszweige schon Maßnahmen für die Abfallbehandlung, doch arbeiten die jeweiligen Abfallbehandlungsanlagen nicht immer effektiv. Projekte zur Aufbereitung von Trinkwasser, zur Ableitung von Abwasser und zur Reinigung von Abwasser sind in Arbeit.

Auf dem Gebiet der **Abfallbewirtschaftung** finden sich die wichtigsten Rechtsvorschriften im Gesetz zur Kontrolle der Entsorgung von festen Abfällen (einschließlich gefährlicher Abfälle) von 1967 und im Gesetz zum Schutz der Umwelt von 1994. Im Gesetz von 1967 ist im Einzelnen festgelegt, dass die lokalen Behörden für die Müllabfuhr und die Stadtreinigung, für die Abfallbeseitigung und für die Konzessionierung von Abfallsammelunternehmen und von Abfallentsorgungsunternehmen zuständig sind. 1998 wurde eine integrierte Strategie für die Entsorgung von Festabfällen angenommen. Sie hat bisher mehrere positive Ergebnisse gebracht, wie z.B. die Beteiligung der Gouverneure an der Durchführung der Abfallpolitik, die Beteiligung des Privatsektors am Dienstleistungsmarkt für die Entsorgung von festen Abfällen und erhöhte Sensibilität für die Abfallbewirtschaftung. Der Umgang mit Abfällen bleibt jedoch auch weiterhin eine große Herausforderung, so insbesondere die Vermeidung, Sammlung, Behandlung, Wiederaufbereitung, Verwertung und Endlagerung der Abfälle.

Im Hinblick auf den **Naturschutz** gibt das Gesetz zur Errichtung von Naturschutzgebieten und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt von 1983 dem Premierminister die Befugnis, bestimmte Gebiete zu Naturschutzgebieten zu erklären. Zurzeit gibt es in Ägypten 24 solcher Naturschutzgebiete mit einer Fläche von etwa 10% der Gesamtfläche des Staatsgebietes. Das zuständige Ministerium hat Pläne, die Reservate bis 2017 auf einen Flächenanteil von 17% auszuweiten.

Es gibt keinerlei spezielle Rechtsvorschriften zur Regelung der **industriellen Umweltverschmutzung**. Stattdessen sollte die gewerbliche Wirtschaft die gesamte

Bandbreite der einschlägigen Rechtsvorschriften zur Regelung des o. a. Umgangs mit den Abfällen und mit der Luft- und Wasserverschmutzung beachten und einhalten.

Was die **Meeresumwelt und die Küstengebiete** anbelangt, so weist das Gesetz zum Schutz der Umwelt von 1994 der ägyptischen Umweltagentur (EEAA) die Zuständigkeit für die Einleitung und Koordinierung der integrierten Bewirtschaftung der Küstengebiete (ICZM) zu. Der nationale ICZM-Ausschuss besteht zwar seit 1994, er ist aber zurzeit nicht aktiv. 1996 wurde ein nationaler ICZM-Plan aufgestellt und 1998 für den ägyptischen Küstenstreifen am Roten Meer angenommen.

Alles in allem gibt es zwar eine Rahmengesetzgebung für den Umweltschutz und einzelne Teilsektoren, dies muss aber noch weiter ausgebaut werden. Andererseits fehlen auch wieder einige Durchführungsbestimmungen, und so können die Emissionsstandards in einer Reihe von Fällen nicht durchgesetzt werden.

#### **4 Leistungsfähigkeit der Verwaltungsbehörden**

Siebzehn Institutionen sind in Ägypten mit Umweltangelegenheiten befasst. Das Haupthindernis für die effektive und effiziente Durchführung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften stellt die Aufsplitterung der Zuständigkeiten zwischen den Behörden dar, und zwar sowohl auf der nationalen Ebene als auch auf der Ebene der Governorate. Daher ist eine verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit nötig.

1997 wurde das Staatsministerium für Umweltangelegenheiten (MSEA) geschaffen. Die ägyptische Umweltagentur (EEAA) ist der exekutive Arm des Ministeriums. Sie arbeitet die entsprechenden Fachpolitiken für das MSEA aus. Das Ministerium und die Agentur sind für die strategische Planung zuständig, d.h.. auch für die Verabschiedung von Aktionsplänen. Die EEAA führt die Aufsicht über die Durchführung der Fachpolitik und überwacht die Fortschritte bei den Aktionsplänen. Das MSEA und andere relevante Ministerien sind für die Konzessionierung zuständig. Die EEAA ist an der Durchsetzung beteiligt, so auch an Inspektionsbesuchen zusammen mit dem Arbeits- und dem Gesundheitsministerium. Zur Durchsetzung ist der übliche Rechtsweg zu beschreiten.

Auch eine Reihe anderer Ministerien ist noch im Rahmen ihrer Umweltreferate beteiligt. Die Koordinierung dieser Ministerien untereinander sollte durch eine gewisse Vielfalt an Mitteln sichergestellt werden, wie z.B. durch Kooperationsprotokolle und durch Vertreter, die ihre jeweiligen Ministerien im Verwaltungsrat der EEAA repräsentieren. Die EEAA spielt eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Umweltbelange in die Erörterungen der Arbeitsgruppen einfließen zu lassen.

Die finanziellen und personellen Mittel, die zurzeit im MSEA, in der EEAA und in den Regionalbüros zur Verfügung stehen, bleiben weit hinter dem zurück, was eigentlich benötigt würde. Es wird allgemein anerkannt, dass in Ägypten das allgemeine Bewusstsein für globale wie auch nationale Umweltfragen aufgrund der nicht vorhandenen Informationen gering ist. Um in die Lehrpläne an den Schulen auch einmal eine umweltrelevante Dimension einzubeziehen, wird derzeit ein entsprechendes Programm durchgeführt. Der Umweltschutzfonds (EPF) wurde im Jahr 2000 eingerichtet, um finanzielle Hilfe für wettbewerbsorientierte Projekte bereitstellen zu können, die dann der Umwelt zugute kommen.

Will Ägypten strategische Planungen sicherstellen und seine Umweltgesetzgebung durchführen und gegebenenfalls auch durchsetzen, so stellt die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, auch im Sinne der Koordinierung der Aufgaben unter den relevanten Behörden, eine große Herausforderung für dieses Land dar..

## 5 Beteiligung an regionalen und internationalen Prozessen

Ägypten hat mehrere internationale und regionale Umweltübereinkommen ratifiziert, denen es als Partei beigetreten war, mit Ausnahme der Änderungen zum Protokoll über den Schutz des Mittelmeers gegen Verschmutzung vom Lande aus, dem Übereinkommen von Barcelona beigefügtes Protokoll: Ägypten hat dieses neue, dem Übereinkommen von Barcelona in Notfällen beigefügte Protokoll, nicht unterzeichnet.

Auf der regionalen Ebene ist Ägypten ein im Mittelpunkt stehender Teilnehmer im **Rat der arabischen Umweltminister** (und Unterzeichner der Erklärung von Abu Dhabi zum Schutz von Wasser, Land, Meeresumwelt, Küsten- und Feuchtgebieten); es beteiligt sich an der **Konferenz der afrikanischen Minister über Umwelt, den Aktionsplan für das Mittelmeer** und das **regionale Abkommen zum Schutz des Roten Meers**. Ägypten nimmt an der regionalen Komponente Mittelmeer der **EU-Wasserinitiative** teil, die auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 angekündigt wurde.

Im November 2005 verpflichteten sich die Europa-Mittelmeer-Partner kollektiv, einschließlich Algeriens, einem realistischen Fahrplan zur Beseitigung der Verunreinigungen des Mittelmeers bis 2020 zuzustimmen. Das Ziel, den Grad der Verunreinigungen zu verringern, lässt sich mit Erfolg nur im Rahmen der Kombination von regionalen wie auch nationalen Aktionen erreichen, und nur mit der Unterstützung von allen Akteuren in der Mittelmeerregion. Die wichtigsten Ziele der **Initiative Horizon 2020** bestehen darin, die Hauptursachen der Verschmutzung, einschließlich der Emissionen der Industrie, der Siedlungsabfälle und der kommunalen Abwasser, in den Griff zu bekommen.

Auf der **bilateralen Ebene** bestehen Kooperationsabkommen über Umweltangelegenheiten zwischen Ägypten und beispielsweise Marokko, Tunesien, Syrien, Sudan und Jordanien.

## 6 Wichtige Bereiche mit Handlungsbedarf

Bei der Förderung des Umweltschutzes steht Ägypten erheblichen Herausforderungen gegenüber. Wichtige Bereiche sind die Luft- und die Wasserqualität, die Abfallbewirtschaftung, die Küstenverschmutzung, der Naturschutz und die Wüstenbildung.

Die institutionellen und administrativen Kapazitäten des Landes müssen gestärkt werden, insbesondere was die Durchführung und die Durchsetzung der Rechtsvorschriften anbelangt.

Die wichtigen Bereiche, in denen Handlungsbedarf besteht, sind im Abschnitt „Umweltsektor“ des Aktionsplans EU-Ägypten festgelegt, der im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik aufgestellt wurde. Er legt eine Reihe von prioritären Aktionen bezüglich der Bereiche Umweltmanagement, themenspezifische Aktivitäten und internationale und regionale Zusammenarbeit in Umweltfragen fest. Die Fortschritte bei der



Durchführung des Aktionsplans tragen auch zur Verwirklichung der Ziele des Assoziationsabkommens bei.

#### ANHANG 4: PROGRAMME DER EU-MITGLIEDSTAATEN UND DER EG NACH SEKTOREN

Außer ihren Beiträgen zu den Aktivitäten der EG führen die Mitgliedstaaten – von denen 23 mit eigenen Missionen im Land vertreten sind - ihre bilaterale Zusammenarbeit mit Ägypten in unterschiedlicher Intensität durch.

**Österreich:** Da Ägypten auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe kein Schwerpunktpartnerland Österreichs ist, sind leider keine weiteren Auszahlungen für 2007 für Österreichs letztes und einziges Kooperationsprojekt in der Republik Ägypten, nämlich „nationales Produktionszentrum Ägyptens für Reinigungsanlagen“, vorgesehen.

**Belgien:** Belgien führt keine offiziellen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit mit Ägypten durch. Dennoch bestehen eine Reihe von zukunftsorientierten Kooperationsinitiativen zwischen Universitäten und Forschungszentren. Belgien führt auch über ein halbes Dutzend archäologische Projekte in diesem Land durch.

**Dänemark:** Für 2007 ist eine Auszahlung von DKK 63 Millionen an Ägypten geplant. Von diesem Gesamtbetrag gehen DKK 51 Millionen in das laufende Umweltsektorprogramm, DKK 2 Millionen in den Energiesektor und DKK 10 Millionen in den Wassersektor im Governorat Aswan.

**Finnland:** Im Rahmen der zwischen Finnland und Ägypten für 2005-2007 vereinbarten Übergangsstrategie laufen die auf Zuschüssen beruhenden regierungsamtlichen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit bis Ende 2007 aus. Ziel dieser Strategie ist es, von der Entwicklungszusammenarbeit auf andersartige Beziehungen umzustellen und insbesondere Partnerschaften in der Wirtschaft und zwischen Institutionen auf den Gebieten der Umwelt und der Informationsgesellschaft zu fördern. Im Jahr 2007 setzt Finnland seine Finanzierung für drei Projekte fort, die ihren Schwerpunkt auf der psychischen Gesundheitsversorgung, einem Informationssystem für Altertümer und der Abwasserbehandlung haben. Im Rahmen der Weltbank leistet Finnland im Zeitraum 2006-2008 Beiträge zur TA-Komponente (technische Hilfe) des zweiten Verschmutzungsbekämpfungsprogramms (EPAP II). Über die Botschaft des Landes werden Organisationen der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit zwischen Ägypten und Finnland auf lokaler Ebene unterstützt. Wirtschaftspartnerschaften werden durch das Finnpartnerschaftsprogramm von Finnfund gefördert und zudem wird bald ein Vorzugskreditsystem zur Anwendung kommen.

**Frankreich:** Frankreich wird seine bilaterale Zusammenarbeit mit Ägypten auf folgende Bereiche konzentrieren: (i) Bildung, mit besonderer Betonung auf der Förderung der französischen Sprache im Rahmen eines Netzwerks zweisprachiger Schulen und Kulturzentren; (ii) Hochschulausbildung und Forschung, einschließlich der Förderung der neu gegründeten Université Française d’Egypte, die künftig mit der Ausbildung zu vier dreisprachigen (französisch, arabisch, englisch) Hochschuldiplomen (internationales Wirtschaftsrecht, politische Wissenschaften, Unternehmensführung und Absatzförderung sowie agroindustrielle Wissenschaften) ihren Lehrbetrieb fortsetzt, Austausch von Wissenschaftlern und Förderung gemeinsamer Forschungsarbeiten sowie Unterstützung für mehrere französische archäologische Forschungsreisen in Zusammenarbeit mit dem Institut Français d’Archéologie Orientale; (iii) technische und menschliche Entwicklung, insbesondere im Gesundheitswesen (Austausch von Krankenhauspersonal und Stipendien), städtebauliche Planung (in Kairo und Port Saïd), verantwortungsvolle Staatsführung

(Ausbildung von Verwaltungsbeamten und Richtern, Entwicklung der Zivilgesellschaft und Korruptionsbekämpfung) und Landwirtschaft (wird vom französisch-ägyptischen Verbindungsbüro für Angelegenheiten der Landwirtschaft durchgeführt); (iv) kultureller Austausch, durchgeführt von den drei in Ägypten tätigen französischen Kulturzentren in Form der Organisation von Ausstellungen und artistischen Darbietungen sowie Zusammenarbeit der Medien.

Die Haushaltsmittel für die französische Zusammenarbeit in diesen vier Bereichen belaufen sich auf insgesamt etwa €6,9 Millionen pro Jahr (internationales Personal, einschließlich technischer Hilfe, aber ohne die Gehälter, für die zusätzlich €10,7 Millionen anfallen, einschließlich internationales Personal und Gehälter für technische Hilfe).

Die französische Entwicklungsagentur (AFD) eröffnet Ende 2006 ein Büro in Kairo. Es wird bald mit der Finanzierung seines ersten Projekts beginnen, einen Darlehen in Höhe von €40 Millionen im Rahmen des zweiten Luftreinhaltungsprogramms (APAP II). Die AFD dürfte nach und nach ein Portfolio für darlehensfinanzierte Projekte in Höhe von €100 Millionen im Jahr anlegen. Sie wird keinerlei Zuschüsse für Ägypten bereitstellen.

**Deutschland:** Ägypten ist einer der prioritären Partnerländer für die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands. Die wichtigsten Sektoren für die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit sind Wasser, Umwelt und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Im Wassersektor fördert die deutsch-ägyptische Zusammenarbeit die Verbesserung und Ausweitung der landwirtschaftlichen Be- und Entwässerungssysteme und die Qualitätssicherung sowie die Versorgung mit Trinkwasser. Die Zusammenarbeit im Umweltsektor zielt auf die wirkungsvolle und umweltfreundliche Nutzung der natürlichen Ressourcen in Industrie und Kraftwerken und auf die Förderung erneuerbarer Energiequellen, wie der Windkraft, ab. In Bezug auf die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördert die deutsch-ägyptische Zusammenarbeit auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und von Einkunftsmöglichkeiten im Rahmen der Bereitstellung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, beratenden und finanziellen Dienstleistungen und durch die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen. Die 1991 ins Leben gerufene Mubarak-Kohl-Initiative ist ein Beispiel für ein langwährendes duales Berufsausbildungsprogramm, das speziell konzipiert wurde, um die Nachfrage nach qualifiziertem Personal im wachsenden Privatsektor decken zu können. Die bei den Regierungsverhandlungen im Dezember 2004 vereinbarten Mittelbindungen belaufen sich auf €64 Millionen an finanzieller Zusammenarbeit, €15,5 Millionen an technischer Zusammenarbeit und €30 Millionen an Umwandlung von Schulden in Investitionen. Die nächsten Regierungsverhandlungen sind im September 2006 in Kairo. Die wichtigsten deutschen Institutionen für die Entwicklungszusammenarbeit sind die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die die finanzielle Zusammenarbeit durchführt. Darüber hinaus sind die politischen Stiftungen und die Einrichtungen, die sich auf die Entwicklung von Humanressourcen spezialisieren, an bilateralen und regionalen Kooperationsprogrammen beteiligt.

**Italien:** Zum gegebenen Zeitpunkt konzentriert sich die Entwicklungshilfe Italiens an Ägypten auf die Bereiche Umwelt, Gesundheit, Berufsausbildung und Mikrokreditsektoren. Italien wird eine starke Priorität im Entwicklungshandel und Privatsektor aufrechterhalten.

**Die Niederlande:** Die Hilfe der niederländischen Entwicklungszusammenarbeit an Ägypten ist auf den Wassersektor (Bewirtschaftung der Wasserressourcen und Trinkwasserversorgung/Abwasserbehandlung) und auf die Themenbereiche Gleichstellung der Geschlechter, Menschenrechte/verantwortungsvolle Staatsführung und Entwicklung des Privatsektors ausgerichtet.

Folglich konzentrieren sich die Programme auf

- 
- Nationale Wasserressourcepolitiken
- Reform und Stärkung der Verwaltungskapazität des Ministeriums für Wasser und Bewässerung
- Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen
- Wassersektor und Kontrolle
- Menschenrechte und Kontrolle
- Frauen- und Mädchenrechte
- Staatshaushalt, Transparenz und Effizienz
- Privatsektor und Entwicklung

**Schweden:** Die meisten Aktivitäten Schwedens in Ägypten sind Bestandteil des regionalen MENA-Programms. Einem neuen Strategiepapier für diese Region zufolge gibt es Pläne zur Ausweitung des Programms auf zwei neue Bereiche – grenzübergreifende Wasserressourcen und wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum. Jedoch sind die Beträge, die für diese zwei Bereiche ausgegeben werden sollen, noch unklar. Schweden unterstützt jedoch vier ausschließlich bilaterale Projekte in Ägypten, wovon drei bereits laufen und eines bald vereinbart wird.

Es handelt sich dabei um die Erhaltung der Tempel von Karnack und Luxor, die digitale Archivierung alter Karten und Dokumente, Unterstützung für Planung und geografisches Informationssystem (GIS), und um ein Projekt zum Schutz der Menschenrechte.

Ferner gibt es Pläne für noch andere bilaterale Maßnahmen zum Aufbau leistungsfähiger Strukturen und Einrichtungen auf dem Gebiet der Menschenrechte, obwohl noch keine Informationen über die geplanten Auszahlungen verfügbar sind.

**Vereinigtes Königreich:** Die Abteilung des VK für internationale Entwicklung unterhält keine spezifischen Programme in Ägypten aufrecht. Aber einige andere britische Regierungsfonds sind verfügbar für Sonderprojekte hauptsächlich zur Unterstützung verantwortungsvoller Staatsführung und wirtschaftlicher Reform.

.

## Geplante Auszahlungen im Jahr 2007 (in Millionen €)

Sektor

Land

	AU	BE	CYP	CZ	DK	FI	FR*	GE****	GR	HU	IR	IT
Land- / Forstwirtschaft							0,1**					0.14
Wirtschaft/Privatsektor /Handel												13.21
Zivilgesellschaft/ Menschenrechte						0,3	0,1					
Kommunikation/ Information												
Kultur							1					0.20
Bildung							4,2 0,7					1.8
Energie												
Umweltschutz						0,3	40 AFD Darlehen					2.15
Staatsführung							0,15					
Gesundheit						0,51	0,15					1
Industrie, Bergbau, Baugewerbe												
Mehrsektor/Querschnittsaufg.							0,5					3.29
Andere												
Armutsbekämpfung												1.43
Tourismus und Altertümer						0,2						0.22
Transport und Lagerung												
Wasserversorgung und Abwasserbehandlung						0,2						0.73
<b>Insgesamt</b>						<b>1,51</b>	<b>6,9***</b>					<b>24.17</b>
Schuldenreduzierung							n.a.					
Regional-/Unterregional- Programme						1,2						

\* Bei allen Beträgen handelt es sich um Schätzungen auf der Grundlage sowohl der Programmplanung für 2006 als auch der für 2006 geplanten Ausgaben (Löhne des internationalen Personals sind nicht einbezogen, weder MAE noch technische Hilfe (TA)).

\*\* Zahl für die mit französischen Mitteln finanzierten Experten der technischen Hilfe (TA), die beim Landwirtschaftsministerium angesiedelt war. Umfasst nicht die Finanzierung für Projekte, da letztere aus den französischen Gegenwertmitteln für Nahrungsmittelhilfe (ägyptische Mittel) stammt.

\*\*\* ohne AFD-Darlehen.

\*\*\*\* Aufgrund des Zeitpunkts der Regierungskonsultationen konnte die deutsche Botschaft keine finanziellen Einzelheiten vorlegen.

	LIT	MT	NL	PL	PO	SK	SJ	ES	SW	SW	UK*****
Land- / Forstwirtschaft											
Wirtschaft/Privatsektor /Handel			1,0								
Zivilgesellschaft/ Menschenrechte			1,0						0,220		
Kommunikation/ Information											
Kultur			0,2								
Bildung											
Energie											
Umweltschutz			5,5								
Staatsführung			3								
Gesundheit											
Industrie, Bergbau, Baugewerbe											
Mehrsektor/Querschnittsaufg											
Anderer									0,363		
Armutsbekämpfung			.8								
Tourismus und Alertümer									0,027		
Transport und Lagerung											
Wasserversorgung und Abwasserbehandlung			5								
<b>Insgesamt</b>			<b>16,5</b>						<b>0,610</b>		
Schuldenreduzierung											
Regional- /Unterregionalprogramme									7,269		

\*\*\*\*\*Die Britische Botschaft konnte keine finanziellen Einzelheiten vorlegen; Die Projekte werden auf regionaler Grundlage verwaltet, und die Mittel sind noch nicht zugewiesen.